

# INFORMATIONSDOSSIER ZU DEN UNBEFRISTET HUNGERSTREIKENDEN



## „Freiheit für Abdullah Öcalan – einen Status für Kurdistan“

April 2012

### Inhaltsverzeichnis:

- Einleitender Brief
- Erklärung der Hungerstreikenden in Straßburg
- Abdullah Öcalan zwischen Isolation und Verhandlung
- Auszüge aus dem Brief von der BDP-Abgeordnete Selma Irmak
- Interview mit Fuat Kav, einem der Hungerstreikenden in Straßburg
- Gemeinsamer Brief von Persönlichkeiten an den Generalsekretär des Europarates
- Appell kurdischer Frauen zur Solidarität mit den Hungerstreikenden
- Kommentar: Auf was wartet das CPT?
- Meldungen über den Hungerstreik
- Co-Vorsitzender Selahattin Demirtas über die KCK-Operationen in einem Brief an Hasan Cemal
- Das Massaker von Roboski, bei dem 34 Zivilisten durch türkische Luftangriffe getötet wurden

Weitere Informationen unter:

<http://kurdishfreedom.wordpress.com/>

<http://kurdischerhungerstreik.wordpress.com/>

<http://www.freedom-for-ocalan.com/>

<http://www.firatnews.eu>

Erstellt von KON-KURD in Zusammenarbeit mit YEK-KOM

YEK-KOM - Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.

Graf Adolf Str. 70a, 40210 Düsseldorf, [Tel:+49\(0\)2111711452](tel:+49(0)2111711452), Fax:+49(0)2111711453, E-mail:yekkom@gmx.net

## Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten Sie hiermit auf den unbefristeten Hungerstreik von Kurdinnen und Kurden in den Gefängnissen der Türkei sowie in Straßbourg aufmerksam machen.

Etwa 8000 kurdische politische Gefangene haben seit dem 01. Dezember 2011 einen befristeten Hungerstreik durchgeführt. Dieser wurde aufgrund der Ignoranz der türkischen Regierung gegenüber den Anliegen der Gefangenen zu einem unbefristeten Hungerstreik verwandelt. Am 15. Februar sind 400 politische Gefangene in unterschiedlichen Gefängnissen in einem unbefristeten Hungerstreik getreten. Inzwischen beläuft sich diese Zahl nach Pressemeldungen auf etwa 1500. Zwischenzeitlich befanden sich auch vier inhaftierte Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) im Hungerstreik.

Die in Europa lebenden KurdInnen haben vom 01. bis 18. Februar 2012, bei minus 20° Grad, einen Marsch unter dem Motto *“Ein Status für die Kurden - Freiheit für Abdullah Öcalan”* von Genf bis Straßbourg durchgeführt, um die Sensibilität der Öffentlichkeit und europäischen Institutionen bzgl. der beschriebenen Sachlage zu wecken. Im Anschluss an diesen Marsch fand in Straßbourg eine Kundgebung mit mehr als 60.000 TeilnehmerInnen statt. Nachdem auch diese Bemühungen der Kurdinnen und Kurden ignoriert wurden, haben sich am 1. März 15 Kurdinnen und Kurden aus unterschiedlichen europäischen Ländern in Straßbourg ebenfalls dazu entschlossen, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Aus Solidarität mit den unbefristet Hungerstreikenden kam es weltweit zu befristeten Hungerstreiks von tausenden Kurdinnen und Kurden sowie ihrer Freundinnen und Freunde. In diesem Dossier finden Sie den Brief der Hungerstreikenden in Straßbourg wieder. Warum sie in den Hungerstreik getreten sind und was ihre Forderungen sind, können Sie aus ihrem Brief entnehmen, welcher in diesem Dossier enthalten ist.

Wenn hunderte Menschen, darunter auch gewählte ParlamentarierInnen, bewusst hungern und dadurch ihre Gesundheit gefährden - sogar ihr Leben riskieren - um gegen Unrecht und Tyrannei zu protestieren, ist es notwendig die Zustände in dem Land, in dem dies stattfindet, genauer zu betrachten.

Die AKP Regierung reißt die Türkei zur Zeit, auf der Grundlage einer auf Eskalation der Gewalt, Vernichtung der politisch wirksamen Opposition sowie Krieg ausgerichteten Strategie, in eine unsichere und dunkle Zukunft - anstatt sich auf einen möglichen und seitens der kurdischen und weiten Teilen der türkischen Bevölkerung gewünschten Friedensdialog zu orientieren. Die Regierung versucht in diesem Rahmen sämtliche demokratischen, friedlichen und freiheitlichen AkteurInnen, die sich für die Menschenrechte und die Rechte der KurdInnen einsetzen zu kriminalisieren und letztendlich zu vernichten. Allein in den letzten Monaten haben die „verantwortlichen“ PolitikerInnen mehrere völkerrechtswidrige, grenzüberschreitende Militäroperationen angeordnet. Dabei wurden u.a. 41 ZivilistInnen getötet. Aufgrund der militärischen Eskalation des Konflikts sterben unzählige Menschen. Die Verluste auf Seiten des Militärs und der Guerilla haben erheblich zugenommen. Zudem setzte das türkische Militär wiederholt Giftgas gegen die kurdische Guerilla ein.

Unter dem Deckmantel der sogenannten Antiterrorgesetze hat die AKP Regierung seit 2009 insgesamt mehr als 7000 AktivistInnen (darunter Parlamentsabgeordnete, BürgermeisterInnen, Kreistagsabgeordnete, Gemeinderatsmitglieder, SchriftstellerInnen, JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen, AnwältInnen, GewerkschaftlerInnen, Frauenrechtlerinnen, StudentInnen und Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen und mehrere hundert Kinder) inhaftieren lassen. Auch die Zahl der Menschenrechtsverletzungen wie z.B. Folter und extralegalen Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

Die Regierung hat die Gespräche mit Abdullah Öcalan, die seit 2006, zu Beginn indirekt und später direkt geführt wurden, ohne praktische Ergebnisse zunächst in eine Sackgasse geführt, im Juli 2011 schließlich komplett abgebrochen. Seit über 8 Monaten sind A. Öcalan und seine 5 Mitgefangenen, auf der Gefängnisinsel Imrali, einer vorher unbekanntem Form der Isolationsfolter ausgesetzt. Wir sorgen uns ernsthaft um die Gesundheit und Sicherheit von Abdullah Öcalan. Herr Öcalan ist für die Lösung der kurdischen Frage ein zentraler Akteur. Die Regierung ignoriert jedoch die Tatsache, dass internationale Konflikte wie die kurdische Frage lediglich durch einen Dialog sämtlicher beteiligter AkteurInnen gelöst

werden können und beharrt stattdessen auf einer Politik der Gewalt. Dadurch steigt von Tag zu Tag die Gefahr eines ausgeweiteten Bürgerkrieges.

In vielen Fällen unterstützen die Regierungen der westlichen Staaten politische Bewegungen im Mittleren Osten, unter dem Vorwand die Demokratie fördern zu wollen. Sobald es jedoch um die kurdische Frage in der Türkei geht, werden die Verantwortlichen offenbar blind, taub und stumm.

Auch Institutionen der internationalen Gemeinschaft, wie das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT), scheinen die Geschehnisse zu ignorieren. Obwohl das CPT die einzige Institution ist, die auf die Gefängnisinsel Imrali reisen kann, hat es bis heute keine wesentlichen Schritte unternommen, um die Haftbedingungen Abdullah Öcalans entscheidend zu verbessern oder um den berechtigten Befürchtungen des kurdischen Volkes bezüglich der Gesundheit des Politikers entschieden nachzugehen.

Aufgrund der beschriebenen Situation versuchen die politischen Gefangenen und weitere gesellschaftliche AkteurInnen das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen, indem sie einen unbefristeten Hungerstreik durchführen und dadurch Gesundheit und Leben riskieren.

Die europäische Öffentlichkeit und ihre Institutionen sollten und dürfen bezüglich der Eskalation der kurdischen Frage durch die türkische Regierung nicht tatenlos zuschauen und gleichgültig bleiben. Zudem sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass das große Leid der KurdInnen seit geraumer Zeit nicht ohne die Zustimmung einiger europäischer und westlicher Regierungen denkbar gewesen wäre. Die Europäische Union und ihre Regierungen machen sich aufgrund ihrer eigenen machtpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen zu Helfern eines systematisch menschenverachtenden Vorgehens sowie Verstößen gegen Völker- und Menschenrecht gegen die KurdInnen. Sie verschließen bewusst die Augen vor Unrecht und Tyrannei und erfüllen somit nicht ihre grundlegenden menschlichen Pflichten. Wir erwarten von der demokratischen, europäischen Öffentlichkeit, dass sie nicht länger Zuschauer dieser Zustände bleibt und sich für eine demokratisch Lösung der kurdischen Frage auf Grundlage der Menschenrechte, des Völkerrechts und rechtsstaatlicher Prinzipien einsetzt.

Obwohl der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden eine kritische Phase erreicht hat, gibt es keinerlei Anzeichen darüber, dass das Europarat und CPT Schritte unternehmen werden, um die berechtigte Sorge des kurdischen Volkes im Bezug auf ihren politischen Vertreter, Abdullah Öcalan, zu beheben.

Wir tragen nicht nur Verantwortung für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir versäumt haben zu tun. Um nicht tatenlos zu zusehen, wie sich der Gesundheitszustand in eine lebensbedrohliche Lage entwickelt, bitten wir Sie gegenüber dem Europarat und dem CPT zu intervenieren, damit diese ihrer Verantwortung nachkommen und schnellstmöglich eine Delegation auf die Gefängnisinsel Imrali entsenden. Als Musterbrief an dem Sie sich orientieren können, haben wir den gemeinsamen Brief von PolitikerInnen, AkademikerInnen, FriedensaktivistInnen, Organisationen sowie weiteren Einzelpersonen an den Generalsekretär des Europarats diesem Dossier beigefügt.

Die KurdInnen schreien auf: *Wir haben ein Anrecht auf Grund- und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit. Wir fordern Freiheit für Abdullah Öcalan und sämtliche politischen Gefangenen. Wir wollen auf friedlichem Wege eine demokratische Lösung für die kurdische Frage. Wir wollen wie jedes Volk in der eigenen Heimat frei leben können. Hört unseren Aufschrei und unsere Stimme.*

**Hört den Aufschrei derjenigen, die ihren Körper für Frieden und die Lösung der kurdischen Frage einsetzen!**

Mit freundlichen Grüßen

KON-KURD

## **Erklärung der Hungerstreikenden**

### **An die Öffentlichkeit**

Alle, die die Türkei besser kennen, betonen zu Recht, dass die kurdische Frage das zentrale Problem der Türkei darstellt. Wenn ein Problem nicht richtig definiert wird, bringen die vermeintlichen „Lösungen“ nichts als weiteren Schaden. Die kurdische Frage ist sicherlich kein „Terrorismusproblem“, auch wenn dies beharrlich vorgebracht wird.

Die Kurden leben seit nunmehr 40 Jahren im Kriegszustand. Die Kurden, eines der ältesten Völker der Geschichte, sind aufgeteilt zwischen der Türkei, dem Iran, und den arabischen Staaten Irak und Syrien, und müssen ein Leben ohne Freiheit leben. Selbst im heutigen angeblichen „Zeitalter der Demokratie und der Freiheit“ wird den Kurden das Recht verweigert, die eigene Sprache zu sprechen, ihre Tradition und ihre Kultur zu leben. In Syrien, dem Iran und der Türkei ist es weiterhin verboten, Kurdisch zu sprechen oder zu schreiben. Die Kurden verfügen als eigenständiges Volk in diesen drei Ländern über keinen politischen Status.

Innerhalb dieser Staaten ist es vor allem die Türkei, die eine speziellere und systematischere Unterdrückungspolitik gegen die Kurden betreibt. Sie versucht starrköpfig eine politische Frage, die annähernd 40 Mio. Kurden betrifft, als Terrorismusproblem darzustellen. Sie versucht, die Forderungen nach Frieden, Demokratie und Freiheit mit aller Gewalt zu unterdrücken und die gesamte kurdische Gesellschaft als Terroristen zu diffamieren. Das Ergebnis ist, dass heute die Türkei weltweit an erster Stelle steht, wenn es um die Zahl der Inhaftierungen wegen Terrorismusvorwürfen geht. Insbesondere infolge der verstärkten Festnahmewellen der letzten drei Jahre befinden sich aktuell sechs Abgeordnete, 31 gewählte BürgermeisterInnen, 96 JournalistInnen, 36 AnwältInnen, 183 ParteifunktionärInnen, unzählige GewerkschafterInnen, MenschenrechtlerInnen, Frauenaktivistinnen und SchülerInnen im Gefängnis. Die Gesamtzahl der inhaftierten kurdischen politischen AktivistInnen beläuft sich auf etwa 9000<sup>1</sup>. Darunter befinden sich mehr als 2000 Kinder, die in der Presse als „Steine werfende Kinder“ bekannt wurden.

Neben den politischen Operationen wurden in den letzten Monaten die militärischen Operationen seitens des türkischen Staates wieder verstärkt. Jegliches internationale Recht missachtend wurden hierbei 41 Zivilisten ermordet und chemische Waffen gegen die Guerillakräfte eingesetzt. Auf beiden Seiten gab es Dutzende Tote.

Mittäter bei diesem Staatsterror der Türkei gegen die Kurden sind auch die USA und die Europäische Union. Diese Mittäterschaft besteht nicht allein in der fehlenden Kontrolle und Zurechtweisung der Türkei. Die USA und die EU unterstützen den türkischen Staat auch aktiv in diesem Krieg: militärisch, politisch, ökonomisch sowie diplomatisch.

Die USA stellen dem türkischen Staat ihre Drohnen und ihr gesamtes geheimdienstliches Instrumentarium zur Verfügung. Die Europäischen Staaten hingegen, allen voran Deutschland und Frankreich, schweigen demonstrativ zu den Massakern des türkischen Staates und ermuntern so den türkischen Staat, mit seinem Terror fortzufahren. Gegenüber dem Massaker von Roboskî vom 28. Dezember 2011, bei dem durch den Angriff türkischer Kampfflugzeuge 34 kurdische Dorfbewohner ums Leben kamen, wurde in Europa keine einzige Stimme laut. In der Erklärung der USA hieß es lediglich: „Wir stehen hinter der Türkei“.

Mit den Angriffen der letzten fünf bis sechs Monate bezweckt der türkische Staat, den Freiheitskampf und den legitimen Widerstand des kurdischen Volkes zu ersticken. In diesem Kontext wurde zu allererst der Vorsitzende des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan einer verschärften Isolationshaft ausgesetzt. Öcalan wird von einem großen Teil des kurdischen Volkes als ihr politischer Repräsentant angesehen. Zudem sehen die KurdInnen das Schicksal Öcalans in Verbindung mit ihrem eigenen Schicksal: Seine Gefangenschaft wird als ihre Gefangenschaft und seine Freiheit als ihre Freiheit angesehen.

Der türkische Staat hält wegen der Unterstützung des Europarats und des Europäischen Parlaments an der Isolation Öcalans fest. Seit dem 27. Juli 2011 konnte Öcalan nicht mit seinen Anwälten sprechen. 36

---

<sup>1</sup> Im Rahmen der seit April 2009 begonnenen KCK-Operationen wurden mehr als 9000 Menschen festgenommen. Laut einer Aussage des BDP Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş sind 6300 von ihnen Mitglieder der BDP.

Anwälte wurden alleine wegen des Vorwurfs, Öcalans Anwälte zu sein, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. In dieser Zeit wurde auch der Kontakt Öcalans zu seinen Angehörigen unterbunden.

Noch vor einem Jahr befand sich der türkische Staat im Dialog mit Öcalan und führte mit ihm Verhandlungen. Damit hatte ein Prozess begonnen, der jedoch durch die Weigerung des Staates, die notwendigen nächsten Schritte zu gehen, abgebrochen wurde. An die Stelle des Dialogs trat die Politik des Krieges und der Gewalt. Man kann Abdullah Öcalan nicht als gewöhnlichen Gefangenen betrachten. Sowohl bei seiner illegalen Entführung aus Kenia am 15. Februar 1999 als auch bei der Frage seiner Haftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali spielten und spielen die USA und Europa eine bestimmende Rolle. Es ist bekannt, dass Imrali unter der Aufsicht des Europarats steht.

Der Europarat und seine Organe sind Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte des kurdischen Volkes wegen des Staatsterrors in Kurdistan und der siebenmonatigen Isolationshaft Öcalans. Dass sie jedoch ihrer Verantwortung nicht einmal in minimaler Weise gerecht werden, zeigt, dass sie sich in diesen Fällen parteiisch verhalten.

Trotz dieser ungerechten Behandlung beharren die Kurden weiterhin auf einem freien, gerechten und gleichberechtigten Status. Hierfür ist die wichtigste Voraussetzung, dass die unrechtmäßige und willkürliche Isolation von Abdullah Öcalan, der als Schlüsselfigur für die Lösung der kurdischen Frage Verhandlungen mit dem türkischen Staat geführt hat, umgehend beendet wird. Das kurdische Volk macht sich ernsthafte Sorgen um die Gesundheit und das Leben Öcalans. Deswegen haben in den Gefängnissen der Türkei 400 Menschen mit einem Todesfasten begonnen. Außerhalb der Gefängnisse werden sie von zehntausenden Kurden unterstützt.

Als eine Gruppe von Kurden, die ihre Seele der Demokratie und der Freiheit gewidmet hat, werden wir ab heute, dem 1. März 2012, für ein Ende des politischen und militärischen Genozids an den Kurden mit der Forderung „Freiheit für Abdullah Öcalan – einen Status für Kurdistan“ in einen UNBEFRISTETEN HUNGERSTREIK treten.

#### **Unsere Forderungen lauten:**

1. Das Problem der bedrohten Gesundheit und Sicherheit Öcalans muss umgehend auf die Tagesordnung des Europarats und seiner Institutionen gesetzt werden, um die bestehenden Befürchtungen auszuräumen.
2. Die verschärfte Isolation Öcalans, die das kurdische Volk nicht nur massiv beunruhigt, sondern auch Ursache für einen großen Krieg mit vielen Toten werden könnte, muss unverzüglich aufgehoben werden. Die Möglichkeit der Konsultation mit seinen Anwälten muss geschaffen werden.
3. Die internationalen Institutionen, allen voran der Europarat, müssen Initiativen zur Freilassung Öcalans und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ergreifen.
4. Der Europarat muss wegen der Unterdrückungs- und Gewaltpolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurden den „Monitoring“-Prozess wieder aufnehmen. Bei Beharren der Türkei auf ihrem bisherigen Kurs muss ihre Mitgliedschaft suspendiert werden.
5. Die EU und die Staaten Europas sollten von ihrer Unterstützung der türkischen Gewalt- und Verleugnungspolitik ablassen und ihre Einflussnahme allein auf die gerechte und friedliche Lösung der kurdischen Frage konzentrieren. Erster Schritt hierfür ist, dass die kurdische Freiheitsbewegung von der Terrorliste gestrichen wird, auf die sie zu Unrecht gesetzt wurde.
6. Damit die kurdische Frage in demokratische und politische Kanäle gelenkt werden kann, muss unverzüglich dafür gesorgt werden, dass für Abdullah Öcalan Bedingungen geschaffen werden, in denen er politisch agieren kann. Hierfür müssen internationale Organisationen und Institutionen umgehend die Initiative ergreifen.
7. Zuletzt fordern wir die internationale demokratische Öffentlichkeit und ihre Organisationen dazu auf, aktiv den Kampf des kurdischen Volkes für Demokratie, Freiheit und Frieden zu unterstützen und sich zu solidarisieren.

Straßburg, 1. März 2012

# Abdullah Öcalan zwischen Isolation und Verhandlungen

## Das Willkürregime auf Imralı, dem europäischen Guantanamo

1999 wurde Abdullah Öcalan aus Kenia entführt und in die Türkei verschleppt. Seither wird er in einem Isolationsgefängnis auf der Insel Imralı gefangen gehalten. Fast elf Jahre lang war er der einzige Gefangene dort, bewacht von mehr als 1000 Soldaten. Er wurde in einem Verfahren, das der Europäische Gerichtshof als „unfair“ verurteilte, zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde später in „verschärftes lebenslänglich“ ohne Möglichkeit zur Bewährung umgewandelt.

Die inhumanen Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel Imralı werden von internationalen Menschenrechtsinstitutionen durchgängig kritisiert. Das Antifolterkomitee des Europarats, CPT, hat eine einzigartige Vielzahl von Berichten über die Gefängnisinsel Imralı veröffentlicht, mehr als über jede andere Haftanstalt. Das CPT kritisierte heftig die Isolationsbedingungen, denen Abdullah Öcalan und die anderen fünf Gefangenen unterworfen sind.

Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen zwischen Öcalan und der türkischen Regierung über eine politische Lösung der kurdischen Frage wurde die Totalisolation erneuert. Seit Juli 2011 gibt es keine Kontakt mit den Gefangenen auf Imralı.

## Haftbedingungen

### Die Insel

Imralı befindet sich im Marmarameer zwischen Bosphorus und Dardanellen, auf der Grenze zwischen Europa und Asien. Seit langem wird Imralı als Gefängnisinsel benutzt. 1961 wurde hier der erste frei gewählte Premierminister der Türkei, Adnan Menderes, nach einem Militärputsch hingerichtet. Der berühmte Regisseur Yılmaz Güney war ebenfalls einmal hier inhaftiert. Die gesamte Insel wurde zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Die Überfahrt für Besucher mit dem Boot ist lang und beschwerlich.

### Das Gefängnis

Das Gefängnis, in dem Abdullah Öcalan und die fünf anderen Gefangenen sich momentan befinden, wurde 2009 erbaut. Alle Zellen sind Isolationszellen. Jeder Gefangene hat einen separaten Hof für den Hofgang. Die Mauern um diese kleinen Höfe sind extrem hoch, so dass die Gefangenen den Eindruck haben, sich in einem Brunnen zu befinden.

### Isolation und Willkür

Lang andauernde Isolation bezweckt, Gefangene psychologisch und physisch zu brechen. Daher wird sie als „weiße Folter“ betrachtet.

Während seiner elf Jahre als einziger Gefangener auf Imralı war es Öcalan nicht erlaubt, irgend jemanden zu berühren. Selbst Händeschütteln war verboten. Noch immer kann er keine Briefe aus der Außenwelt empfangen. Er ist der einzige Gefangene in der Türkei ohne Zugang zu Fernsehen und Telefon.

Öcalan kann nur von seinen Geschwistern für monatlich 30 Minuten x besucht werden und seine Anwälte höchstens eine Stunde pro Woche konsultieren. Diese Konsultationen werden häufig durch den Staat unterbunden und finden manchmal monatelang nicht statt, was zu einer totalen Isolation der Gefängnisinsel Imralı führt. Besonders diese Tatsache wurde durch das CPT heftig kritisiert.

Das Gefängnisregime auf Imralı wird auf verschiedene Weise von Willkür geprägt. Beispielsweise finden die Konsultationen zwischen Anwälten und Mandanten im Beisein eines Beamten statt und werden regelmäßig ohne Rechtsgrundlage aufgezeichnet.

Praktiken wie diese haben der Gefängnisinsel Imralı den Beinamen „europäisches Guantanamo“ eingebracht.

## ***Aktuelle Situation***

### **Isolation – eine fortgesetzte Menschenrechtsverletzung**

Seit Ende Juli 2011, also mehr als sieben Monaten, sind die Gefangenen auf Imrali vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Mehr als sieben Monaten ohne Besuch, ohne Briefe, ohne einen Telefonanruf. Dies ist der längste Zeitraum vollständiger Isolation während der 13 Jahre, in denen Imrali als »Höchstsicherheitsgefängnis« dient.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass es in den letzten fünf Jahren intensive Kontakte zwischen der türkischen Regierung und Öcalan gab und eine Reihe von Gesprächen geführt wurde. Diese Verhandlungen hatten sogar zu einer schriftlichen Vereinbarung geführt, welche die Regierung sich dann umzusetzen weigerte. Stattdessen änderte die Erdoğan-Regierung ihre Strategie und begann einen Totalangriff auf die kurdische Opposition.

### **Vorenthaltung des Rechts auf Verteidigung**

Öcalan zu verteidigen war stets ein schwieriges Mandat. Lange Zeit wurden seine Anwältinnen und Anwälte bedroht und angegriffen. Sie wurden mit zahlreichen Klagen überzogen und durch ein neues Gesetz vom Mandat ausgeschlossen. Unter anderem wegen der Haftbedingungen sind zahlreiche Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängig.

Im November 2011 wurden mehrere Kanzleien von der Polizei überfallen. Die Akten der laufenden EGMR-Verfahren wurden beschlagnahmt. 36 Anwälte, die Öcalan vertreten, wurden verhaftet, womit ihm das in einem Rechtsstaat grundlegende Recht auf Verteidigung genommen werden soll. Die Anwälte befinden sich noch immer im Gefängnis und warten auf ihren Prozess.

## ***Die politische Dimension***

Die fortgesetzte Isolation Abdullah Öcalans ist eine ernsthafte Menschenrechtsverletzung. Doch es handelt sich nicht allein um eine menschenrechtlichen Angelegenheit, sondern besitzt ernsthafte politische Implikationen.

Öcalan ist der profilierteste kurdische Politiker in der Türkei. Mehr als 3,5 Millionen Kurden haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie ihn als politischen Repräsentanten anerkennen. Alle in Kurdistan und der Türkei wissen, dass eine politische Lösung der kurdischen Fragen nur durch Verhandlungen mit ihm gewährleistet werden kann. Jede Regierung der Türkei seit 1999 hat diese Tatsache erkannt und mit Abdullah Öcalan auf Imrali Gespräche geführt – auch wenn keine Regierung dies bis 2010 zugab. Die jüngsten Gespräche zwischen der Erdoğan-Regierung und Öcalan begannen 2009 und dauerten 2,5 Jahre an.

Die Türen des Dialogs zu schließen bedeutet, die Tore der Gewalt aufzustoßen. Als die Regierung Mitte 2011 die Gespräche abbrach, hoffte Ministerpräsident Erdoğan, die kurdische Opposition mit erneuten Massenverhaftungen und Militäroperationen in die Knie zwingen zu können. Dies hat bereits zu Massakern wie der Tötung von 35 Zivilisten in Roboskî/Sırnak durch einen Bombenangriff der türkischen Luftwaffe geführt. Eine neue Spirale der Gewalt und Gegengewalt droht unmittelbar.

Die Regierungsstrategie von Gewalt und Spannungen führt nirgendwohin. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird sie zu mehr Gefechten und Blutvergießen führen. Die einzige Alternative ist der Dialog. Öcalan hat bewiesen, dass er willens und in der Lage ist, diesen Dialog zu führen.



**Internationale Initiative  
Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan**

Postfach 100511, 50445 Köln  
info@freedom-for-ocalan.com  
www.freedom-for-ocalan.com

## **Brief von Selma Irmak an die BDP**

Im folgenden geben wir in Auszügen die deutsche Übersetzung des Briefes von Selma Irmak wieder, in dem sie der BDP und ihren FreundInnen ihre Entscheidung mitteilte, am 15. Februar in den Hungerstreik zu treten.

**Meine werten Co-Vorsitzenden,  
Meine lieben FreundInnen,**

Ich grüße Euch mit Liebe und Sehnsucht. Ich umarme Euch in Hoffnung.

Bald dauert unsere Trennung seit drei Jahren an. Wir haben diese atemberaubenden Entwicklungen vom Gefängnis aus miterlebt und beobachtet; unsere Herzen pochten gegen die Eisengitter. Wir haben Vieles erlebt. Die Geschichte wird Zeuge unserer Erfahrungen sein. Genauso wie Ihr kämpfen wir dafür, diese Prüfung, mit der uns die historischen Bedingungen konfrontieren, zum Wohle unseres Volkes zu bestehen. Wir schätzen und unterstützen Eure ernsthafte und eifrige Arbeit. Wir leiten unsere Kraft davon ab, Euch zu beobachten; manchmal mit einem Lächeln im Gesicht und manchmal mit einem Stechen im Herzen. Dies sind zweifellos schwierige Zeiten. Wir alle sind verpflichtet, hart zu arbeiten und unser Bestes zu tun. Bestimmte historische Momente erfordern schnelle Handlungen. Ansonsten verpassen wir die Gelegenheiten, Niederlagen in einen Sieg und Verluste in einen Gewinn zu verwandeln. Wir befinden uns genau in solch einem Augenblick, in dem jedes Ereignis und jede Entwicklung sorgfältig abgewogen und mit großer Sensibilität bewertet werden muss, damit die folgenden Schritte richtig geplant und erfolgreich durchgeführt werden können.



In unserer jetzigen Phase ist der Abstand zum Erreichen unseres Ziels von Demokratie und Frieden am geringsten geworden, und deshalb kann jede Abweichung vom richtigen Pfad die größten Auswirkungen mit sich bringen. Wir müssen alles mit künstlerischer Vorsicht behandeln. Leider jedoch handeln die Regierung und der Staat – wobei sich beide in ihrer Bedeutung und Absicht nicht mehr voneinander unterscheiden – ebenso unverantwortlich und zerstörend wie ein Elefant im Porzellanladen. Die Vorgehensweise der Regierung zeugt von der Art und Weise derjenigen, die zwar an der Macht sind, jedoch keine Souveränität besitzen. Folglich gibt es kaum Zweifel, dass die gegenwärtige Rücksichtslosigkeit der Regierung durch Mächte verursacht wird, auf die sie sich verlässt und die ihr den Rücken streicheln, während sie sie dabei an den Abgrund des Todes führen.

Als diejenigen, die wir die Last der Geschichte auf unseren Schultern fühlen, müssen wir dieser Einstellung ein Ende setzen. Eine positivistische Perspektive, die sich aus stereotypischen Urteilen ernährt und die stereotypische Lösungen anbietet, wird nichts nutzen. Diejenigen, die denken, dass ein kleiner Fisch vom großen Fisch gefressen wird, sind diejenigen, die die Stärke des Widerstands nicht anerkennen. Wie Ihr es bereits ausgedrückt habt, werden wir verlieren, wenn wir uns dem Vorgehen der Mächtigen ausliefern.

Leider sind wir lange von den Machthabern hingehalten worden. Wir haben keine mehr Zeit zu verlieren. Ohne Widerspruch zwischen unseren Worten und Taten müssen wir langsam, systematisch und bescheiden unsere demokratische Autonomie aufbauen.

**Meine lieben FreundInnen,**

Ich wünschte mir sehr, dass ich in diesen Zeiten bei Euch sein könnte. Alle Geschehnisse mit gebundenen Händen oder eher mit angelegten Handschellen zu beobachten, ist das Schlimmste, was einem Menschen in diesen Zeiten angetan werden kann. Das ist es, was die Gefangenschaft bedeutet. Ansonsten haben die Gefängnismauern oder die räumlichen Beschränkungen für diejenigen, die eine freie Meinung und freie Herzen haben, keine Bedeutung. Andererseits landen diejenigen, die sich mit ihrem Leben und ihren Ideen in den Dienst der Freiheit und Demokratie gestellt haben, zu der einen oder anderen Zeit immer wieder im Gefängnis. Mit anderen Worten, die Demokratie wird auf dem Weg durch das Gefängnis erreicht.

Die kurdische Frage hat einen Punkt erreicht, an dem nur ein demokratischer Prozess, der auf Dialog und Verhandlungen basiert, Frieden und eine Lösung bringen kann. Wir sind uns bewusst, dass dies ein langer und schwieriger Prozess sein wird. Seit nunmehr dreißig Jahren fordert unser Volk eine demokratische

Lösung. Diese Forderung zu erfüllen, ist sowohl leicht als auch schwierig. Eine demokratische Lösung kann nur durch einen Dialog mit dem Repräsentanten Herrn Öcalan erreicht werden. Jeder Friedensprozess braucht seine Akteure. Die Person, die unser Volk vertritt, ist Herr Öcalan; deshalb ist er die einzige Person, die im Namen unseres Volkes sprechen kann und der der Hauptakteur sein muss. Als gewählte VertreterInnen und PolitikerInnen unseres Volkes sind wir bereit, unsere Rolle in diesem Prozess zu einzunehmen. Wir sind dafür bereit, jegliches Risiko einzugehen und auch unser Leben dafür in die Waagschale zu werfen. Aufgrund der Unterbrechung des Friedensprozesses und der Verhandlungen mit Herrn Öcalan bin ich genauso ernsthaft besorgt wie Ihr. Die hiermit einhergehende, aufgezwungene Totalisolation von Herrn Öcalan soll ihn aus den politischen Prozessen ausschließen. Ich bin tief beunruhigt, über das, was wir 'das Konzept des politischen Genozids gegen KurdInnen' nennen. Seine Umsetzung durch Massenverhaftungen, Morde, Massaker, verbale und körperliche Gewalt wird zu noch mehr Feindschaft gegen sie führen und wird unsere beiden Völker dazu bringen, gegeneinander zu kämpfen.

Repressionen, Angst, Rechtsverletzungen und die Verhinderung der Meinungsfreiheit, rücksichtslose Beleidigungen und unverantwortliche Reden seitens der Regierung und des Staates säen zugleich die Samen der Wut bei den kurdischen Jugendlichen. Es gibt so viele Beispiele für solche unakzeptablen Verhaltensweisen wie die Glückwünschrede des Premierministers im Anschluss an das Massaker von Roboski oder die Rede des Innenministers, in der er erklärte, dass er keine kurdische Frage finden könne oder die Rede Stabschefs, in der er sich zur kurdischen Muttersprache äußerte. Alle unsere Stadtverwaltungen werden angegriffen; die MitarbeiterInnen unserer NGOs, PolitikerInnen, MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, BürgermeisterInnen, StudentInnen und Kinder werden verhaftet. Kein Mensch kann unter solchen Bedingungen ruhig schlafen. (...)

**15. Februar 2012**

**Selma Irmak**

**Gefängnis von Amed**

## Hungerstreik von KurdInnen in Straßburg gegen Terror in der Türkei

*Interview mit Fuad Kav  
Von Martin Dolzer*

Fuad Kav ist ein kurdischer Journalist und Autor, den Martin Dolzer für die NRhZ interviewt hat. Nach dem Militärputsch 1980 saß er 20 Jahre, 6 Monate und 6 Tage in türkischen Gefängnissen, nahm dort an mehreren Hungerstreiks teil und lebt heute in Europa. Einige seiner Freunde sind im Verlauf der Hungerstreiks in der Türkei, viele Weitere durch unmenschliche Haftbedingungen und Folter gestorben.



*Sie befinden sich zurzeit in Straßburg im Hungerstreik. Wann haben Sie damit begonnen?*

Am 1. März haben sich 15 KurdInnen aus mehreren europäischen Ländern dem unbefristeten Hungerstreik von 400 politischen Gefangenen in der Türkei angeschlossen, der seit Mitte Februar durchgeführt wird. Jede Woche nehmen rotierend ca. 35 weitere Menschen an unserer Aktion teil. Die meisten bleiben 5 Tage, um mit uns gemeinsam zu leben, einen Dialog zu führen und ein kraftvolles Zeichen für den Frieden zu setzen. Wir leben in einem Zelt vor einer zentral gelegenen Kirche in Straßburg. Der Pfarrer hat uns aus humanistischen Gründen, trotz starken politischen Drucks, einige Räume nahe der Kirche zur Verfügung gestellt. In der Woche veranstalten wir jeden Tag Kundgebungen vor dem Europarat oder dem Europäischen Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder

erniedrigender Behandlung CTP.

*Können Sie erläutern welches Ihre Ziele sind und was sie zu einer so drastischen Aktionsform motiviert hat?*

Es geht uns um die friedliche Lösung der kurdischen Frage. Eine solche wäre ein großer Fortschritt für die Türkei. Die repressive Politik der AKP Regierung und der Krieg müssen endlich beendet werden. Wir nennen uns: „Initiative für die Freiheit Abdullah Öcalans.“ Der politische Kopf der kurdischen Bewegung wird seit mehr als 230 Tagen auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft völlig von der Außenwelt abgeschirmt. Die Regierung unterbindet jeglichen Kontakt, selbst zu AnwältInnen und Verwandten. Zudem wurden seit 2009 im Rahmen der „KCK Verfahren“ mehr als 6500 kurdische PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen inhaftiert, darunter 6 ParlamentarierInnen, 31 BürgermeisterInnen, 36 Anwältinnen über 100 JournalistInnen, hunderte GewerkschafterInnen, wie auch unzählige Frauenaktivistinnen.

*Insgesamt gibt es in der Türkei mehr als 10.000 politische Gefangene, deren Freilassung Sie fordern?*

Ja - und zentral fordern wir die Freiheit für Abdullah Öcalan. Nach 13 Jahren Haft wird es Zeit eine Verhandlungslösung zwischen dem türkischen Staat und der PKK zu suchen und den Krieg zu beenden. Öcalan sollte eine ähnliche Rolle zur Konfliktlösung spielen wie Nelson Mandela in Südafrika. Ohne dass die türkische Regierung ihn als Dialogpartner anerkennt, wird es keinen Weg zum Frieden geben. Mit unserem Hungerstreik wollen wir auch den Europarat und das CPT dazu bewegen politischen Druck auf die Türkei auszuüben, so dass diese sich an die Menschenrechte und das Völkerrecht hält und einen politischen Lösungsweg beschreitet. Als kurzfristigen Schritt fordern wir die Verbesserung der unerträglichen Haftbedingungen Öcalans und die Freilassung der politischen Gefangenen.

*Inhaftierte klagen über unerträgliche Kälte im Winter und Hitze im Sommer. Zudem gibt es in vielen Zellen ein Schimmelproblem. Wie sieht es mit den Haftbedingungen im Allgemeinen aus? Was hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert?*

Die Haftbedingungen sind nach wie vor menschenunwürdig. Neben der Isolationsfolter in den F- Typ Gefängnissen, verweigern die Verwaltungen den Gefangenen noch immer eine vernünftige medizinische Versorgung sowie ausreichende Nahrungsmittel. Noch immer sind die Gefängnisse völlig überfüllt. Oft müssen sich 3 Häftlinge ein Bett teilen. Seit meiner Haftzeit hat sich eigentlich nichts Wesentliches verbessert. Gewalt und Folter gegen politische Gefangene sind noch immer an der Tagesordnung. Lediglich die Besuche von Verwandten werden jetzt in der Regel nicht mehr von Soldaten sondern von Wärtern in Zivil überwacht. Die politischen Gefangenen im Hungerstreik sind mit drastischen Strafmaßnahmen konfrontiert. Sie werden in Einzelhaft gesteckt, ihnen wird das Besuchsrecht entzogen, Briefe nicht ausgehändigt und Anwaltsbesuche unterbunden.

*Erst vor kurzem wurde bekannt, dass etliche Kinder im Gefängnis von Pozanti von Wärtern und erwachsenen Häftlingen systematisch misshandelt, gefoltert und vergewaltigt wurden. Wie sind die Haftbedingungen der mehr als 2300, meist wegen der Teilnahme an Protesten oder vermeintlichen Steinwürfen, inhaftierten Kinder?*

Die Kinder von Pozanti wurden aufgrund öffentlichen Drucks, auf Weisung des Justizministers mit großer Inszenierung in den Medien, nach Sincan bei Ankara verlegt. Die Verantwortlichen Behörden versetzten die Täter lediglich in Gefängnisse an anderen Orten - oft ist das eine Art Beförderung. In Sincan sind die Kinder erneut systematischer Folter ausgesetzt. Es gibt dort einen extra Raum dafür. Betroffene berichten davon, dass Wärter mit weiterer „Misshandlung in 10facher Härte“ gedroht haben, wenn die Inhaftierten nicht über die Ereignisse in Pozanti und Sincan schweigen würden. Das ist nur die bekannt gewordene Spitze des Eisberges. Eine solche Praxis findet in sämtlichen Haftanstalten statt. Die Kinder sind mit unmenschlichen Bedingungen konfrontiert und erleiden schwere Traumata.

*Was hat sich im Vergleich zurzeit nach dem Militärputsch 1980 bezüglich staatlicher Unterdrückung in der Türkei verändert?*

Im Grunde hat die Situation sich in keiner Weise verbessert. Die Art der menschenrechtswidrigen staatlichen Vorgehensweise hat sich lediglich dem Zeitgeist angepasst und entsprechend geändert. Die kurdische Bevölkerung lebt seit nunmehr 40 Jahren in einem Kriegszustand, mit sämtlichen damit verbundenen negativen Konsequenzen. Selbst nach den so genannten demokratischen Reformen der AKP betreibt der Staat nach wie vor

eine systematische Assimilations- und Vernichtungspolitik. Den KurdInnen und weitere Minderheiten wird weiterhin das Recht verweigert, ihre Kultur und Identität zu leben. 2011 wurden beim Menschenrechtsverein İnsan Halklari Dernegi IHD 1.555 Fälle von Folter angezeigt. In den 1980er Jahren setzten Polizei und Justiz die juristische Praxis und Repression noch nicht so perfektioniert um wie heutzutage. Es kam eigentlich nicht vor, dass die Polizei mehr als 50 Anwälte an einem Tag festnahm wie vor einigen Monaten. Zudem gab es „lediglich“ 500 und nicht gut 2.300 inhaftierte Kinder. Aufgrund der Situation nach dem Putsch und der damit zusammenhängenden Macht des Militärs sowie den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen war die Solidarität mit der kurdischen Bewegung und der linken Opposition in der Türkei innerhalb der europäischen Gesellschaften weitaus größer als heute. Deshalb entfalteten auch die Regierungen in Europa stärkeren politischen Druck. Als „zivile“ Regierung hat es die AKP dagegen wesentlich leichter Menschenrechtsverletzungen und ihre Vernichtungspolitik sowie ihre strategischen Absichten zu verschleiern. In Wirklichkeit ist die Türkei lediglich unter veränderten Kräfteverhältnissen, mit im Sinne der AKP ausgetauschten Eliten, noch immer ein stark militarisierter Staat. Die Regierung benutzt die Reformen und die scheinbare Demokratisierung als eine Art Kredit und formiert unter diesem Deckmantel einen absolut autoritären, chauvinistischen und feudalistischen Staat. Wir können diesbezüglich von dem Versuch einer grünen, faschistoiden Diktatur sprechen.

*Was erwarten sie von den politischen Akteuren in Europa?*

Die EuropäerInnen dürfen ihre Augen vor einer derart gefährlichen Entwicklung nicht verschließen. Wir müssen die Menschen auch hier für die Situation sensibilisieren. Die herrschenden Eliten in Europa ignorieren das Unrecht aufgrund wirtschaftlicher, militärischer und strategischer Interessen in der Türkei und im Mittleren Osten. Deshalb werden auch die Friedensbemühungen der kurdischen Bewegung nicht wahrgenommen und die gesellschaftlichen Realitäten verleugnet. Ähnlich wie seitens der türkischen Regierung werden legitimer Widerstand gegen anhaltendes Unrecht, die Verletzung von Menschenrechten und des Völkerrechts als Terrorismus gebrandmarkt. Die AKP ist für die Herrschenden bisher ein wichtiger und vor allem gut instrumentalisierbarer Bündnispartner, der ein weiches Tuch über die stählerne Faust der Unterdrückung gezogen hat, um die menschenverachtende, wirtschaftlich orientierte Politik zu kaschieren und Verbesserungen vorzutäuschen. Zudem fungiert die AKP als eine Art Vorzeigemodell für einen „modernen Islam“ im Mittleren Osten.

*Im Verlauf des Newrozfestes skandierten gut 1 Million Menschen allein in Diyarbakir: „Freiheit oder Freiheit“ und „Die Bevölkerung ist die PKK und die Bevölkerung ist hier.“ In Cizre, nahe der Irakischen Grenze, brachen Polizisten dem Vorsitzenden der BDP nach Protesten mit Gewehrkolben mehrere Gesichtsknochen, nachdem sie das Parteigebäude mit Panzerwagen und Maschinenpistolen beschossen und daraufhin gestürmt hatten. Wie sieht die Realität in Bezug auf die kurdische Frage aus?*

Wenn wir das diesjährige Newrozfest als Beispiel nehmen: Im Verlauf der Feiern, rund um den 21. März, wurde der BDP-Politiker Haci Zengin in Istanbul von Polizisten mit einer Tränengasgranate erschossen. Die Polizei griff die Bevölkerung in sämtlichen Städten mit Tränengas, zum Teil auch mit scharfer Munition an. Ahmet Türk und weitere Abgeordnete der BDP wurden gezielt geschlagen, 679 Menschen verhaftet. Es gab gut 200 Verletzte, darunter viele Kinder - einige der Verletzten liegen noch auf den Intensivstationen. Das Ziel der AKP-Regierung ist seit langer Zeit die kurdische Bevölkerung zu demoralisieren und Proteste zu verhindern. Das war auch schon ein Ziel der Verhaftungswelle im Rahmen der

KCK-Operationen. Trotzdem oder auch gerade deswegen leisten die KurdInnen Widerstand und engagieren sich für ihre Rechte. Mehrere Millionen KurdInnen feierten trotz der massiven Übergriffe der Polizei das Newrozfest und forderten erneut Frieden und die Demokratische Autonomie. Ein rätendemokratisches Organisationsmodell, das in vielen Lebensbereichen in den Kommunen der kurdischen Provinzen des Landes bereits praktiziert wird. Die staatlichen Kräfte versuchen seit langer Zeit die politische Hoheit über die kurdische Bevölkerung zu erlangen. Da das selbst mit brutalsten Mitteln nicht gelingt, sind sie wie jetzt zu Newroz immer wieder erschrocken über die Stärke des Widerstands. Am 21. März kündigte R.T. Erdogan, u.a. als Reaktion darauf, erneut eine erneute Eskalation der militärischen Gewalt an.

*Die Hungerstreikenden hier in Straßburg wirken auf mich selbst nach so einer langen Zeit sehr kraftvoll. Sie haben einen Raum der Kommunikation geschaffen und bekommen viel Besuch u.a. aus Frankreich, der Schweiz, Italien und der Bundesrepublik. Was erhoffen Sie sich für die Zukunft?*

Für uns ist es wichtig, die emanzipatorischen, sozialistischen und humanistischen Kräfte zu erreichen - und wir wissen um deren Solidarität, über die wir uns sehr freuen. Mit einer sehr drastischen Aktionsform wie dem Hungerstreik geben wir unsere Körper für den Frieden und die Lösung der kurdischen Frage - und um das Schweigen über die Verhältnisse in der Türkei aufzubrechen. Kein Mensch will und wird sich freiwillig töten. Wir appellieren an diejenigen, die moralische Werte und ein Gewissen haben. Wir wollen die Gefühle der Menschen erreichen - sie aufwecken. Ghandi hat ebenfalls an die Gewissen appelliert und dadurch eine große Bewegung ins Leben gerufen. Das wissen und fürchten auch die Herrschenden. Mit derart erzeugtem solidarischem politischem Druck im Rücken kann es leichter werden, mit den Verantwortlichen auf der europäischen Ebene zu sprechen und etwas Positives zu erreichen. Wir haben keine andere Wahl als humanitären Widerstand zu leisten und uns gegen die Vernichtungspolitik zu wehren. Jede/r soll sehen was in der Türkei passiert. Der Staat ist dort der größte Terrorist. Um das ins Bewusstsein der Menschen zu bringen, führen wir diesen Hungerstreik durch. (PK)

*Erschienen am 28. März 2012 unter: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17620>*



## Heidrun Dittrich

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Seniorenpolitische Sprecherin für DIE LINKE.

---

Heidrun Dittrich , MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Mr. Thorbjørn Jagland  
Secretary General of the Council of Europe  
Avenue de l'Europe, 67075 Strasbourg

per E-Mail

**Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus**  
Raum 2829  
Telefon 030 227 – 726 15  
Fax 030 227 – 766 15  
E-Mail: Heidrun.Dittrich@Bundestag.de

**Wahlkreisbüro Hannover:**  
Kötnerholzweg 47  
30451 Hannover  
Telefon: +49 511-44981865  
Fax: +49 0511 - 44981867-  
Heidrun.Dittrich@wk.bundestag.de

Berlin, 05.04.2012

Sehr geehrter Herr Generalsekretär

Seit dem 1. März 2012 befinden sich in Straßburg 15 Kurdinnen und Kurden in einem unbefristeten Hungerstreik, mit dem sie gegen die Politik des türkischen Staates gegenüber dem kurdischen Volk protestieren.

Obwohl die kurdische Frage das Hauptproblem der Türkei darstellt, wurde sie bislang nicht gelöst. Der Hauptgrund hierfür ist die Verweigerung der Anerkennung der universellen Rechte und Freiheiten für die kurdische Bevölkerung durch den türkischen Staat. Allein auf dem Staatsgebiet der Türkei leben ca. 15 Mio. Kurden. Infolge einer auf militärische Gewalt zentrierten Politik haben bislang Zehntausende kurdische und türkische Menschen ihr Leben verloren; Millionen von Kurden wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Das kurdische und das türkische Volk, wie auch weitere in der Türkei lebende Völker, sehnen sich nach einer friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage.

Ansprechpartner für die Lösung der kurdischen Frage sind gegenwärtig die AKP- Regierung und Abdullah Öcalan. Die Tatsache, dass die AKP in der Türkei alleine die Regierung stellt, und dass Herr Öcalan von einem Großteil der Kurden als politischer Vertreter akzeptiert wird, bewirkt, dass diese beiden Parteien die Hauptakteure und Schlüsselfaktoren für eine politische Lösung des Konfliktes sind. Daher fand in den letzten Jahren eine Phase des Dialogs und der Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und Herrn Öcalan statt. Auch wenn eine positive Entwicklung ihren Anfang nahm, scheiterten die Bemühungen schließlich. Seit dem 27. Juli 2011 wird eine totale Isolationspolitik gegen die Gefangenen auf der Gefängnisinsel Imrali praktiziert, in deren Rahmen Abdullah Öcalan auch sämtliche Anwaltsbesuche verweigert werden. Im Dezember 2011 wurden zusätzlich 36 Anwälte Abdullah Öcalans inhaftiert.



Heidrun Dittrich  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Seniorenpolitische Sprecherin für DIE LINKE.

Seite 2 von 3 Seiten des Schreibens vom 05.04.2012

---

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

die Tatsache, dass bezüglich der kurdischen Frage erneut eine Politik des Krieges und der völligen Isolation seitens der türkischen Regierung praktiziert wird, versetzt die Kurden und die Öffentlichkeit in Europa verständlicherweise in große Sorge. Das Leben, die Gesundheit sowie die Sicherheit von Herrn Öcalan sind dabei von zentraler Bedeutung. Gegenwärtig sind der Europarat und das CPT die einzigen Institutionen, die diese Sorgen der kurdischen Bevölkerung bezüglich der Situation von Herrn Öcalan aufheben können.

Auch wir teilen diese Sorge und rufen das CPT dazu auf, schnellstmöglich auf die Gefängnisinsel Imrali zu fahren, die Situation von Herrn Öcalan vor Ort zu untersuchen und die Ergebnisse ihrer Reise und Untersuchung der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Verehrte Exzellenz,

folglich rufen wir den Europarat und Sie in ihrer Funktion als Generalsekretär dazu auf, die kurdische Frage auf ihre Tagesordnung zu nehmen und sich mit allen ihren Möglichkeiten für deren Lösung mittels eines Dialogs einzusetzen.

In der Erwartung und Hoffnung, dass unsere Bedenken und Forderungen Gehör finden, verbleiben wir,

Hochachtungsvoll,

**Heidrun Dittrich, Mitglied des Bundestags (MdB), Die Linke**

**Nicole Gohlke, MdB, Die Linke**

**Ulla Jelpke, MdB, Die Linke**

**Ingrid Remmers, MdB, Die Linke**

**Harald Weinberg, MdB, Die Linke**

**Cansu Özdemir, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, Die Linke**

**Bärbel Beuermann, Mitglied im Stadtrat von Herne**



Heidrun Dittrich  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Seniorenpolitische Sprecherin für DIE LINKE.

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 05.04.2012

---

**Ali Atalan, Die Linke NRW**

**Hamide Akbayir, Die Linke, NRW**

**Yilmaz Kaba, Landesvorstand Niedersachsen, Die Linke**

**Prof. Dr. Werner Ruf, Friedensforscher**

**Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler, ehem. MdB**

**Martin Dolzer, Soziologe**

**Prof. Wolfgang Richter, FH Dortmund**

**Britta Eder, Rechtsanwältin**

**Karin Binder, MdB, Die Linke**

**Dr. Peter Strutynski, Friedensforscher**

**Barbara Cárdenas, Mitglied des Landtags Hessen, Die Linke**

**Kathrin Vogler, MdB, Die Linke**

**Volker Metzroth, Sekretär für Betrieb und Gewerkschaft des Parteivorstands der DKP**

**Leo Mayer, stellv. Vorsitzender DKP**

**Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen**

**Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.**

**Dr. Nikolaus Brauns, Historiker und Journalist**

**Kersten Artus, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, Die Linke**

**Dr. Uwe Sauermann, Politologe und Fernsehproduzent**

**Dr. Elmar Millich, Physiker**

**Dr. Heinz Jürgen Schneider, Rechtsanwalt**

**Dr. Gisela Penteker, Türkeibeauftragte der deutschen IPPPNW-Sektion**

## **Kurdische Frauen appellieren zur Solidarität mit den Hungerstreikenden**

Momentan befinden sich 1.500 politische Gefangene in den Gefängnissen der Türkei und Nord-Kurdistan im unbefristeten Hungerstreik. Derzeit sind über 8.200 kurdische PolitikerInnen, JournalistInnen, AnwältInnen, Menschenrechts- und FriedensaktivistInnen, GewerkschafterInnen, AktivistInnen der Frauen- und Jugendbewegung sowie Militante der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und der Frauenfreiheitspartei Kurdistan PAJK als politische Gefangene in türkischen Gefängnissen inhaftiert. Die Gefangenen erklärten, dass sie bis zur Erfüllung ihrer Forderungen den Hungerstreik fortsetzen werden. Ihre Forderungen lauten: Die Freilassung von Abdullah Öcalan und die Fortsetzung des Dialogs für eine politische Lösung der kurdischen Frage, die Einstellung der politischen Repression, der Massenverhaftungen und Militäroperationen gegen die kurdische Bevölkerung sowie das Recht auf Bildung in der kurdischen Muttersprache!

Am 1. März 2012 trat auch in Strassburg eine Gruppe von 15 Kurdinnen und Kurden mit der Forderung 'Freiheit für Abdullah Öcalan und die Anerkennung eines Status für Kurdistan' für ein Ende des politischen und militärischen Genozids an den KurdInnen in den unbefristeten Hungerstreik. Auch Aktivistinnen der Kurdischen Frauenbewegung in Europa beteiligen sich an diesem Hungerstreik und drängen auf die Umsetzung der Forderungen des Hungerstreiks. Inzwischen hat der Hungerstreik ein Stadium erreicht, das bleibende gesundheitliche Schäden verursacht und eine akute Bedrohung für das Leben der Hungerstreikenden darstellt. Wiederholt wurden verschiedene Hungerstreikende per Ambulanz ins Krankenhaus eingeliefert, jedoch ohne weitere Eingriffe wieder entlassen, da sie eine medizinische Behandlung ablehnten.

Die AKP-Regierung eskalierte die Angriffe und den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Freiheitsbewegung in einer Phase, in der die politische Lösung der kurdischen Frage erstmalig in greifbare Nähe geraten war und ein Dialog der Konfliktparteien begonnen hatte. Im Zuge der Kriegspolitik der AKP wurde gegen Abdullah Öcalan, dem Millionen von KurdInnen als ihrem politischen Repräsentanten ihr Vertrauen aussprechen, eine erschwerte Isolationshaft verhängt, wobei seit dem 27. Juli 2011 alle Anwaltsbesuche auf der Gefängnisinsel Imrali durch das türkische Justizministerium systematisch verhindert wurden. Dies bedeutet sowohl eine gravierende Verletzung der Menschenrechte von Herrn Öcalan, als auch die Blockade des Wegs zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage durch die türkische Regierung.

Die Hungerstreikenden fordern deshalb die sofortige Aufhebung der Totalisolation gegen Abdullah Öcalan, sowie die Sicherstellung seiner Gesundheit, Sicherheit und Bewegungsfreiheit. Da die kurdische Frage – historisch wie aktuell – eine internationale Dimension hat und die Türkei Mitglied des Europarates ist, müssen sich auch die politischen Gremien in Europa ihrer Verantwortung stellen. Das bedeutet, dass die Frage der bedrohten Gesundheit und Sicherheit von Öcalan, umgehend auf die Tagesordnung des Europarats und seiner Institutionen gesetzt werden muss und internationale Institutionen gefordert sind, Initiativen zur Freilassung Öcalans und für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ergreifen.

Als kurdische Frauen erklären wir unsere Solidarität mit den Forderungen der politischen Gefangenen in der Türkei und der kurdischen AktivistInnen im Hungerstreik in Straßburg. Wir fordern insbesondere den Europarat auf, seinen Mitgliedsstaat Türkei zur Einhaltung der Menschenrechte und internationaler Konventionen zu drängen. Um weiteren Schaden für die Gesundheit und das Leben der Hungerstreikenden zu verhindern, rufen wir alle Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, die EU und UN-Gremien auf, umgehend tätig zu werden:

- *Wir rufen den Europarat dazu auf, das CPT Komitee zur Prävention von Folter umgehend mit der Untersuchung der Situation von Herrn Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali zu beauftragen.*
- *Das Besuchsrecht der Anwälte bei Herrn Öcalan darf nicht weiterhin rechtswidrig außer Kraft gesetzt werden.*
- *Die UNO und der Europarat müssen sich ihrer Verantwortung zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage stellen.*

**Die Zeit ist reif und drängt - für eine politische Lösung der kurdischen Frage, d.h. für die Freiheit von Abdullah Öcalan und aller politischer Gefangenen!**



Düsseldorf, 10. April 2012

# Worauf wartet das CPT?

*DOĞAN BARIŞ ABBASOĞLU,*

*Journalist und Kolumnist der Tageszeitung Yeni Özgür Politika*

Das CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) hat das uneingeschränkte Recht zur Untersuchung von Gefängnissen, Polizeiwachen, Flüchtlingslagern bis hin zu psychologischen Kliniken in den Mitgliedsländern [des Europarats]. Wenn das CPT es für erforderlich hält, kann es eine Delegation in irgendein Gefängnis in der Türkei schicken und Untersuchungen durchführen. Es ist die einzige Einrichtung die die Macht hat, das Gefängnis Imrali aufzusuchen, wo Abdullah Öcalan inhaftiert ist.

Wie der Name des CPT schon verdeutlicht, ist der Zweck dieses durch den Europarat ins Leben gerufenen Komitees die Verhinderung von Folter. Das Ziel ist, im Fall von Folter oder erniedrigender Behandlung, internationalen Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben. Es hat jedoch keine große Durchsetzungskraft. Das geht so weit, dass die nach den Besuchen erstellten Berichte ohne die Zustimmung der jeweiligen Regierungen, in denen die Untersuchung stattgefunden hat, nicht veröffentlicht werden dürfen. Jedoch nutzt nahezu keine einzige Regierung das Vetorecht zur Unterbindung der Berichtsveröffentlichung, um nicht bezichtigt werden zu können, sie „verheimliche Folter“. Zuletzt hat das Komitee die Türkei vor ca. vier Jahren besucht. Der Bericht des Besuchs wurde 2010 veröffentlicht. Also fast zwei Jahre später. In den letzten vier Jahren ist in den Gefängnissen der Türkei die Hölle los. Den Berichten der Menschenrechtsvereine zufolge haben die Rechtsverletzungen in den Gefängnissen Ausnahmezustände erreicht.

Die Isolationshaft Öcalans, die schweren Repressionen gegen politische Gefangene und die schlimmen physischen Zustände in den Gefängnissen müssen nicht noch einmal betont werden. Die Augen wurden davor verschlossen, dass in der Türkei, welche der Aufsicht des CPT unterliegt, wegen der Teilnahme an Protesten inhaftierte Kinder, in einem der Gefängnisse mit Straftätern zusammengelegt wurden und von diesen vergewaltigt wurden. Viele der aus dem Gefängnis entlassenen Kinder haben nicht nur davon erzählt, dass sie in der Haft geschlagen wurden und während der Zeit der Inhaftierung gefoltert wurden. Alle diese Aussagen wurden auch in Berichten der Menschenrechtsvereine dokumentiert. Kranke Gefangene sind in den Gefängnissen gestorben. Regelrecht vor unseren Augen sind diese Menschen hinter Gittern zu Tode gekommen. In Handschellen in einem Gefängnistransporter sitzende Gefangene verbrannten schreiend. Die Kameras werden verdunkelt, wenn es um Berichte über Folter auf den Polizeiwachen geht. Der Polizeibeamte, der Festus Okey<sup>1</sup> auf der Wache tötete, wurde nach nur vier Jahren Haft frei gelassen. Nun, auf was wartet das CPT? Darauf, dass die türkische Regierung Sammellager aufbaut? Die Verteidigung der Menschenrechte und Verhinderung von Folter ist eine aktive Arbeit. Aber immer wieder verteidigen sich diese Institutionen mit den Worten: „Wir können nicht wie Aktivisten arbeiten.“

Diejenigen, die einen Anspruch darauf erheben [Menschenrechte zu verteidigen], sehen keinen anderen Ausweg mehr, als den Hunger zu erleiden. Für das CPT, das eigentlich die Menschenrechte verteidigen sollte, muss der im französischen Straßburg andauernde, unbefristete Hungerstreik<sup>2</sup> beschämend sein. Die Zustände sind mittlerweile an dem Punkt angelangt, dass Menschen nicht nur gegen die Tyrannen eine Aktion des Gewissens durchführen, sondern mit einem Hungerstreik daran appellieren, dass die Schweigenden ihr

Schweigen gegen diese Tyrannei brechen. Sie führen diesen Hungerstreik durch, damit endlich etwas für die Menschenrechte getan wird.

Die in Straßburg hungerstreikenden Aktivisten appellieren an die Menschlichkeit und vertreten unser aller Würde. Sie haben keinerlei persönliche Erwartungen oder Forderungen. Die Herzen der KurdInnen, DemokratInnen und aller, die sich für die Menschlichkeit einsetzen, sind mit ihnen.

*Quelle: Yeni Özgür Politika, 31.03.2012, ISKU*

#### Fußnoten:

---

<sup>1</sup> Der nigerianische Migrant Festus Okey wurde am 20. August 2007 kurz nach seiner Festnahme auf der Polizeiwache von Istanbul Beyoğlu, die als „Folterwache“ bekannt ist, ermordet.

<sup>2</sup> Seit dem 1. März 2012 befinden sich 15 kurdische Intellektuelle, KünstlerInnen, PolitikerInnen und AktivistInnen in Straßburg im unbefristeten Hungerstreik für die Beendigung von Folter und Isolationshaft in der Türkei. Vor dem Europarat protestieren sie gegen die Kurdenpolitik der türkischen Regierung und fordern ein Ende der Isolationshaft gegenüber dem kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan.

**[ISKU | Informationsstelle Kurdistan](#)**

## **Einige Pressemeldungen zu den Hungerstreiks**

### **In Osmaniye schweben 13 Häftlinge in Lebensgefahr**

Nordkurdistan (Türkei) – In der Türkei setzen derzeit hunderte politische Gefangene ihren unbefristeten Hungerstreik fort. Die Hungerstreikenden im Gefängnis von Osmaniye haben demnach den 48. Tag erreicht. Die Lage der Streikenden wird immer kritischer, wobei sich derzeit 13 Häftlinge in Lebensgefahr befinden.

Die Hungerstreikenden fordern die Aufhebung der Totalisolation gegen den Repräsentanten des kurdischen Volks, Herrn Abdullah Öcalan, die Freiheit Abdullah Öcalan's und die Anerkennung eines Status für die Kurden. Mit diesen Forderungen waren am 15. Februar 2012 in den türkischen Gefängnissen 400 politische Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik getreten.

### **520 Häftlinge sind im Hungerstreik**

Es wurde berichtet, dass sich allein in den Gebieten des Schwarzmeers und Serhat derzeit 520 Gefangene im Hungerstreik befinden. Die Sprecherin der Angehörigenorganisation *Tuhad-Der Zübeyde Teker* sagte, dass sich derzeit in 12 Gefängnissen, darunter auch Cukurova und Osmaniye, etliche Gefangene im Hungerstreikende befinden und die Lage sehr kritisch sei. Weiterhin sagte Frau Teker, dass der Hungerstreik den 48.Tag erreicht habe und die Gefangenen sich wünschten, dass eine Delegation von Abgeordneten die Streikenden besuche.

Eine Delegation der Türkischen Menschenrechtskommission besuchte am 8. April die Hungerstreikenden und verfasste hierzu einen 23-seitigen Bericht. Die Kommission berichtete, dass die Zustände in den Gefängnissen, mit denen in der Zeit des Militärputsches in der Türkei vom 12. September 1980 vergleichbar seien. Beispielsweise seien 227 Leute in eine Zelle gepfercht, die jedoch nur Platz 196 Menschen Platz biete!

*Quelle: ANF, 9. April 2012*

### **Hungerstreik in Straßburg geht in die kritische Phase**

Straßburg – Seit 37 Tagen befinden sich 15 kurdische Intellektuelle, Künstler und Politiker im unbefristeten Hungerstreik, bis die türkische Regierung die Folter und Isolationshaft gegen den PKK-Führer Abdullah Öcalan beendet.

Am vergangenen Donnerstag wurde die 25-jährige Hungerstreikende Nigar Enayati aus Ostkurdistan (Iran) ins Krankenhaus eingeliefert. Sie lehnte eine Behandlung ab und wurde aus diesem Grund wieder entlassen und zurückgebracht. Dr. Fahrettin Gülşen, der den Zustand der Hungerstreikenden verfolgt, warnte, dass der Hungerstreik in eine „kritische Phase“ eingetreten sei.

Nach 37 Tagen ohne Nahrungsaufnahme sind die Hungerstreikenden – unter ihnen fünf Frauen – körperlich zunehmend geschwächt. Sie leiden unter Fieber, Schwindel, Übelkeit, Schwächeanfällen, Kopf- und Bauchschmerzen. Ihre Gesundheit sei ernsthaft gefährdet und befinde sich in einer kritischen Phase, so Dr. Fahrettin Gülşen.

Weiterhin berichtete Dr. Fahrettin Gülşen: “Der Gesundheitszustand von Kerim Sivri, Mecbure Öner, Gülistan Hasan und Ahmet Kılıç ist am meisten gefährdet.“ Er wies auf folgende Krankheitsbilder nach dem 40. Tag hin: “Magenblutungen, Zahnfleischbluten, schwere Gleichgewichtsstörungen, Sehstörungen, Schüttelfrost, Gelbsucht, Sprachstörungen, Reaktionsverzögerungen, extreme Empfindlichkeit, Rückgang der Körpertemperatur,

Entzündungen im Mund, Bauchschmerzen, Schluckauf, Herzrhythmusstörungen und Erbrechen“.

Zugleich besuchen weiterhin hunderte von UnterstützerInnen aus verschiedenen Teilen Europas die Hungerstreikenden und bekunden ihre Solidarität. Darunter befindet sich auch eine Gruppe von 42 Personen aus skandinavischen Ländern, die sich am 4. April für fünf Tage befristet am Solidaritätshungerstreik beteiligte.

*ANF, 6. April 2012*

### **Auch Hewler tritt in den Hungerstreik!**

**Hewler**, Südkurdistan – Journalisten, Intellektuelle und Aktivisten aus der südkurdischen Hauptstadt Hewler (arab. Erbil) haben am heutigen Abend mit einem Hungerstreik begonnen. Vor dem UN-Büro in der Autonomen Region Kurdistan verkündeten sie, dass sie für sechs Tage in den Hungerstreik treten werden. Mit dieser Protestaktion solidarisieren sich die AktivistInnen mit den Hungerstreikenden in Nordkurdistan, in der Türkei und Straßburg. Die AktivistInnen in Hewler fordern von der internationalen Gemeinschaft, dass sie die Türkei und den Iran unter Druck setzen, damit sie die staatliche Gewalt gegen KurdInnen in Nord- und Ostkurdistan beenden.

*ANF, 6. April 2012*

### **Eine der Hungerstreikenden aus Straßburg ins Krankenhaus eingeliefert**

Eine kurdische Aktivistin wurde am 36. Tag des Hungerstreiks ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die aus Ostkurdistan stammende 25-jährige Nigar Enayati befindet sich seit dem 01. März 2012 gemeinsam mit 14 weiteren kurdischen AktivistInnen in Straßburg im Hungerstreik.

Gegen 15.05 Uhr wurde Frau Enayati, die unter schwerem Gewichtsverlust, Übelkeit und Schwindel litt, von einem Krankenwagen abgeholt und ins Krankenhaus eingeliefert. Die AktivistInnen sind mit der Forderung der Aufhebung der Isolationsbedingungen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan in den Hungerstreik getreten. Zudem fordern die Hungerstreikenden die Freilassung aller politischen Gefangenen und eine Lösung der kurdischen Frage. Mit denselben Forderungen befinden sich in den Gefängnissen der Türkei hunderte politisch Inhaftierte seit 51 Tagen (Stand 05.04) im Hungerstreik.

*Quelle: ANF, 05.04.2011, ISKU*

### **Straßburg – Tausende KurdInnen fordern eine friedliche Lösung der kurdischen Frage**

Um auf die Hungerstreikenden in Straßburg und auf das Schweigen westlicher Staaten gegenüber der Kurdenproblematik aufmerksam zu machen, versammelten sich am 4. April Tausende KurdInnen in der französischen Stadt Straßburg. Vor dem Gebäude des CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) machten sie einen Sitzstreik. Sie forderten, dass die menschenunwürdige und menschenrechtswidrige Isolationshaft gegenüber Abdullah Öcalan aufgehoben werden muss. Die Co-Vorsitzende der BDP Gültan Kışanak verkündete nach einem Treffen mit dem Generalsekretär des CPT, Trevor Stevens, dass dieser geäußert habe, das CPT verfolge aufmerksam die Situation von Abdullah Öcalan. Das CPT stehe deshalb mit den zuständigen Verantwortlichen in der Türkei im Kontakt.

Tausende KurdInnen aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Holland, Österreich und der Schweiz waren zur Kundgebung gekommen. Über 100 kurdische Jugendliche, die am 31. März einen Freiheitsmarsch von Mannheim aus begonnen hatten, erreichten an diesem Tag ebenfalls Straßburg und nahmen an der Protestaktion teil. Die Protestierenden forderten die Freiheit von Abdullah Öcalan und aller politischer Gefangenen in der Türkei und die friedliche Lösung der kurdischen Frage. Die AktivistInnen erklärten, dass das Kurdenproblem nicht nur die Türkei angehe, sondern auch den Europarat betreffe. Europa müsse die Türkei für eine Lösung unter Druck setzen.

### **CPT: Wir verfolgen die Lage von Öcalan aus der Nähe**

Um 15.00 Uhr trafen sich die Co-Vorsitzende der BDP, Gültan Kışanak, und einer der BDP-Vertreter in Europa, Faik Yağız, mit dem Generalsekretär des CPT Trevor Stevens.

Yağız erklärte gegenüber der kurdischen Nachrichtenagentur ANF, dass das CPT die Lage von Öcalan aus der Nähe verfolge. Yağız sagte zu dem Gespräch: „Wir haben die Politik der Türkei und die Isolationshaft von Abdullah Öcalan kritisiert. Wir haben die Situationen der Hungerstreikenden in Straßburg, Nordkurdistan und der Türkei erklärt. Er sagte, dass sie bezüglich der Lösung der kurdischen Frage keine Rolle einnehmen könnten. Jedoch verfolgen sie die Lage der Gefangenen in der Türkei und insbesondere die Situation von Abdullah Öcalan. Er sagte, dass sie die Lage von Öcalan detaillierter verfolgten, als die anderer Gefangener in Europa und dass sie seit 1999 Abdullah Öcalan fünfmal besucht hätten. Weiter sagte er, dass sie stets mit den zuständigen Stellen in der Türkei in Kontakt seien. Er sagte schließlich, dass sie sich darüber freuen, Informationen über die Lage der Gefangenen in der Türkei zu bekommen. Er freue sich über konkrete und transparente Informationen, aber ohne Gewalt. Damit meinte er, dass er den Hungerstreik in Straßburg als Gewalt betrachte. Wir sagten dazu, dass dies keine Gewalt sei. Wir wollen auf jede Weise mitteilen, dass der aktuelle Zustand von Öcalan für die Kurden ein Anlass zu großer Sorgen geworden ist. Wir sagten, dass er diesbezüglich die Kurden verstehen müsse.“

*Quelle: ANF, [diekurden.de](http://diekurden.de), 05.04.2012, ISKU*

### **Immer mehr Kurden in Europa beteiligen sich am Solidaritätshungerstreik!**

In Europa hat sich der Solidaritätshungerstreik ausgeweitet. Nachdem schon in Ländern wie Deutschland, Belgien, der Schweiz, Frankreich und anderen europäischen Ländern die Hungerstreiks in mehr als 150 Vereinen durchgeführt wurden, beteiligten sich nun auch in Italien und den Niederlanden KurdInnen am Solidaritätshungerstreik.

Italien:

Zur Unterstützung der Hungerstreikenden in der Türkei beschloss eine Gruppe von KurdInnen in der italienischen Hauptstadt Rom, vom 15. bis zum 20. März einen Hungerstreik durchzuführen. Mindestens 40 Personen stellten einen Antrag zur Teilnahme am Hungerstreik, der bis zur Newrozfeier in Italien am 20. März andauern wird. Des Weiteren werden Solidaritätsbesuche italienischer PolitikerInnen beim Hungerstreik erwartet.

Niederlande:

Am Regierungssitz der Niederlande in Den Haag begannen 50 KurdInnen einen weiteren Hungerstreik. Vor dem Internationalen Gerichtshof versammelten sich 50 Kurden aus den Niederlanden und bauten einen Zelt auf. Dieser 5-tägige Hungerstreik wird unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Demokratische Autonomie in Kurdistan“ durchgeführt. Auch AktivistInnen aus der türkischen Linken und von der MLKP haben schon Unterstützung zugesprochen. Auch hier werden ebenfalls PolitikerInnen der sozialistischen Parteien zum

solidarischen Besuch erwartet. Zudem gedachten die Hungerstreikenden der Opfer des Giftgasangriffes von Halabja. Am 20. März soll dieser Hungerstreikprotest mit einer darauffolgenden Demonstration enden.

Belgien:

Auch in der belgischen Hauptstadt Brüssel begannen 20 KurdInnen am heutigen Tag einen dreitägigen Hungerstreik in den Räumen des Kurdischen Instituts. Hiermit erklärten sie ihre Solidarität für die Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen und in Strassburg. Morgen werden Solidaritätsbesuche unter anderem von der türkischen Linken in Europa erwartet.

*Quelle: Die Kurden/ANF*

### **Hungerstreikende trafen sich mit Mitgliedern des CPT**

Kurdische Intellektuelle, Künstler und PolitikerInnen, die sich für die Freiheit von Öcalan im unbefristeten Hungerstreik befinden, trafen sich nach einer Demonstration vor dem Europarat mit Mitgliedern des CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe).

Das CPT ist eine Institution des Europarates. Das CPT ist befugt, sämtliche "Haftorte" der Mitgliedstaaten unangekündigt aufzusuchen und zu inspizieren. Als Haftorte gelten alle Orte, an denen Menschen gegen ihren Willen festgehalten werden. Den Kriterien der Europäischen Antifolterkonvention entsprechend können so die Haftbedingungen kontrolliert und beobachtet werden.

Nach dem 900 Gefangene, darunter 4 Abgeordnete des türkischen Parlaments, für die Erleichterung der Haftbedingungen auf Imrali und Freilassung des Vorsitzenden der PKK Abdullah Öcalan, in den Hungerstreik getreten waren, erklärten auch Tausende von KurdInnen in Europa ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden. Auch sie forderten, dass die Anwaltsbesuche bei Herrn Öcalan nicht weiterhin verhindert werden dürfen.

In Straßburg befinden sich zurzeit 15 Personen seit 15 Tagen im unbefristeten Hungerstreik. Um auf die schweren Haftbedingungen Öcalans aufmerksam zu machen, führten die Hungerstreikenden mit weiteren 35 Personen eine Demonstration vor dem Europarat durch. Im Anschluss daran konnten eine Delegation der Hungerstreikenden Gespräche mit VertreterInnen des CPT führen. Sie diskutieren mit den CPT-RepräsentantInnen Micheal Aveucuter und Elvin Aliyev eine Stunde lang über die Situation Öcalans.

Die Verantwortlichen des CPT, welche schon seit langem den Hungerstreik verfolgen, verdeutlichten immer wieder, dass oft Gespräche mit Öcalan auf Imrali geführt worden seien und dass diese auch fortgeführt werden sollten. "Wir beobachten die Akten zum Fall von Öcalan permanent, und die einzige Versicherung die wir Ihnen momentan geben können, ist die, dass wir weiterhin Gespräche mit Öcalan führen werden", so die Mitglieder des CPT.

Die Hungerstreikenden kündigten an, zukünftig weitere Aktionen durchzuführen, um die Öffentlichkeit weiterhin auf die Lage Öcalans aufmerksam zu machen.

*Die Kurden/ANF*

## **Auch türkische linke AktivistInnen treten in den Hungerstreik**

**Straßburg**, Frankreich – Vier Türken von der türkischen MLKP und ein Türke aus der linken Bewegung schließen sich dem Hungerstreik in Straßburg an und unterstützen die Forderungen der Kurden und Kurdinnen.

Es ist der 12. Tag des unbefristeten Hungerstreiks in Straßburg. Gestern besuchten vier Kurden und Kurdinnen aus Italien und 28 aus Schweden, von denen die Mehrheit Frauen waren, die Hungerstreikenden und erklärten ihre Unterstützung. Sie werden fünf Tage lang an der Aktion teilnehmen.

Auch türkische Revolutionäre unterstützen die kurdischen Streikenden in Straßburg. Vier Mitglieder der türkischen MLKP und ein Türke aus der linken türkischen Bewegung solidarisieren sich mit dem kurdischen Volk und begannen ebenfalls mit einem fünftägigen Hungerstreik in Straßburg.

Zudem fuhren gestern 23 Kurden, die in Darmstadt einen dreitägigen Unterstützungshungerstreik durchgeführt hatten, nach Straßburg und versicherten den Hungerstreikenden ihre Unterstützung.

Auch berühmte kurdische Musiker, wie Hozan Şemdîn, Diyar, Peywan Arşîn und Seyîdxan waren in Straßburg und unterstützten die TeilnehmerInnen des Hungerstreiks mit ihren Liedern.

*ANF, dieKurden.de*

## **Hungerstreikende protestieren vor dem CPT Gebäude**

Um erneut auf die Lage Abdullah Öcalans aufmerksam zu machen, versammelten sich heute 40 KurdInnen vor dem CPT Gebäude. Unter den DemonstrantInnen waren TeilnehmerInnen aus verschiedenen Ländern Europas, welche sich seit dem 1. März an einem unbefristeten Hungerstreik für die Freiheit Öcalans beteiligen.

Der unbefristete Hungerstreik von 15 Kurdinnen und Kurden in Straßburg dauert nun schon seit 19 Tagen an. Dieser Hungerstreik wird europaweit unterstützt, um die Europäischen Institutionen sowie Parteien zur Verantwortung zu rufen. Nun versammelten sich 40 Hungerstreikende KurdInnen aus Europa vor dem Gebäude des CPT.

Während der Demonstration wurden Dossiers mit den Forderungen der Hungerstreikenden an die Botschaften der Niederlande, Sloweniens, Belgiens, Deutschlands, Dänemarks und Englands übergeben. Morgen soll erneut eine Demonstration vor dem CPT Gebäude stattfinden. Um 18 Uhr fand außerdem im Zentrum Straßburgs ein Fackelumzug statt.

Der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden verschlechtert sich von Tag zu Tag. Tagtäglich erhöht sich aber auch die Besucheranzahl, welche den Hungerstreikenden ihre Unterstützung ausspricht. Allein am Sonntag kamen Hunderte von KurdInnen aus Süddeutschland nach Straßburg.

*DieKurden.de/ANF*

## **Kurdische Jugendliche besetzen den Eiffelturm**

Paris (Frankreich) – Um auf die schweren Haftbedingungen Öcalans aufmerksam zu machen besetzten gestern etwa 100 kurdische Jugendliche den Eiffelturm.

Die Jugendlichen befestigten Transparente, mit Aufschriften wie “Die Freiheit von Abdullah Öcalan, ist unsere Freiheit. Entweder Freiheit oder Freiheit!” und “31. Tag des Hungerstreiks in Straßburg” am Eiffelturm. Eine Kurdin drohte, sich vom Eiffelturm zu stürzen, sollte die Polizei hochkommen und die Jugendlichen festnehmen. Sie beklagte, dass die Medien nichts über die Isolationshaft von Abdullah Öcalan berichteten. Sie sagte, dass die Zeit des Schweigens vorüber sei. Die französische Polizei aber sperrte das Gelände um den Eiffelturm herum ab. Danach holte sie die Touristen vom Eiffelturm runter und griff die Demonstranten brutal an. Ein Jugendlicher wurde bei dem Vorfall schwer verletzt. 30 Jugendliche wurden in Polizeigewahrsam genommen.

## **Ein Monat Hungerstreik: Europarat und CPT schweigen**

**Strassburg** – Der Hungerstreik, der am 1. März in der französischen Stadt Strassburg begann, dauert nun schon seit einem Monat an. Während des Hungerstreiks haben intensive diplomatische Gespräche begonnen und vor den Europäischen Institutionen wurden an mehreren Tagen in der Woche Aktionen durchgeführt. Der Gesundheitszustand der Streikenden verschlechtert sich von Tag zu Tag, aber die Europäischen Institutionen schweigen, allen voran das Antifolterkomitee CPT.

Der unbefristete Hungerstreik begann am 01. März vor der St. Maurice Kirche. Der seit 30 Tagen andauernde Hungerstreik findet immer mehr Unterstützung. Bis jetzt traten mehrere Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern jeweils für 5 Tage in den Hungerstreik und die Zahl der Mitstreikenden wird zurzeit auf 176 Personen geschätzt. Heute übernimmt eine neue Gruppe den 5-tägigen Streik. Die Gruppen bestehen in der Regel aus 30 bis 50 Personen.

## **Geistliche: Wir unterstützen das kurdische Volk**

Am Donnerstag fand zwischen 8.30 Uhr und 12.30 eine Demonstration vor dem Europäischen Parlament statt. Am Abend gegen 18.00 Uhr wurde eine Kundgebung auf dem Kleber-Platz abgehalten. Die ausländische Presse zeigte großes Interesse an der Kundgebung. An der Kundgebung nahmen Vertreter der französischen Linkspartei, des Vereins gegen Rassismus [MRAP], Gewerkschaften, Studenten und viele französische Vereine teil. Auch Vertreter der Kirche nahmen an der Kundgebung teil und erklärten dem kurdischen Volk ihre Unterstützung. Der Pfarrer Mann Albert sagte: „Wir unterstützen den Kampf der kurdischen Bevölkerung und fordern die Freilassung Öcalans.“

## **Diplomatische Aktivitäten**

Seit dem Beginn des Hungerstreiks wurden Aktionen vor dem Europarat, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dem Europäischen Parlament und dem Antifolterkomitee CPT durchgeführt. Der Streik und die parallelen Demonstrationen erhöhen die diplomatischen Aktivitäten. Die AktivistInnen berichteten politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Medien und Abgeordneten von ihren Forderungen und riefen sie zur Unterstützung auf.

An dem Unterstützungskomitee, das zu Beginn des Hungerstreiks gegründet wurde, nehmen auch viele französische und zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen teil. Rojbin Dogan vom Unterstützungskomitee sagte: „Die Stimme der Streikenden muss gehört werden. Das ist unser Ziel. Bis jetzt haben viele politische Parteien, Abgeordnete und Senatoren mit den Vertretern des Europarats Gespräche geführt.“

## **Briefe an den Europarat und das CPT**

12 Abgeordnete sowie VertreterInnen des Europarates und Delegationen aus Frankreich, den Niederlanden und Italien besuchten bisher die Hungerstreikenden. „Die Delegationen hielten auch eine Pressekonferenz ab“, sagte Frau Dogan. „Die VertreterInnen der Delegationen schrieben Briefe an den Sekretär des Europarates und das CPT mit den Forderungen der Hungerstreikenden. Die kurdische Frage ist nicht nur eine Frage der Türkei, sondern auch des Europarates. Die Türkei ist Mitglied des Europarates, und so muss sich der Rat auch mit den Verstößen der Türkei beschäftigen.“

## **Rat schweigt zu Verstößen**

Wenn ein Mitglied des Rates Verstöße gegen europäisches Recht begeht, dann muss der Rat handeln. Wenn der Rat sich als Hüter der Menschenrechte und Grundfreiheiten sieht, dann muss dieser auch die Türkei ermahnen. Bisher hat der Rat jedoch keinen Aufruf an die Türkei gemacht“, kritisierte Frau Dogan den Europarat.

*Quelle: ANF, dieKurden.de*

## **Kurden in Europa erhöhen ihre Protestaktionen**

Die kurdische Bevölkerung in der Diaspora will die europäische Öffentlichkeit stärker über die Lage des kurdischen Volkes und ihres Repräsentanten Öcalan informieren. Seit Monaten werden durchgehend Parlamente, Fernsehsender, Rathäuser etc. besetzt. Nun wurde in der Schweiz das Kantonsparlament von Bern und in Paris der größte französische Fernsehsender TF1 besetzt.

In der Hauptstadt der Schweiz Bern besetzten KurdInnen heute gegen 14 Uhr zeitweise das Kantonsparlament von Bern. Nach dem sie ins Parlament gestürmt waren, begannen sie mit einem Sitzstreik. Trotz harter Blockaden der Polizei, blieben die KurdInnen standhaft. Die kurdische Gemeinschaft wollte beim Berner Kantonsparlament ein Dossier einreichen, in dem über die militärischen sowie politischen Operationen der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk und die Totalisolation gegen Abdullah Öcalan berichtet wird. Arzu Güngör, Vertreterin der Gemeinschaft, konnte infolge der erfolgreichen Aktion ein Gespräch mit dem Zweiten Stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden Bernhard Kehliger führen. Hierbei sprach sie unter anderem Themen wie die Festnahmewelle gegen BDP-PolitikerInnen und die verschärfte Isolationshaft gegen den PKK Vorsitzenden Öcalan an. Kehliger zeigte Verständnis und versprach, die kurdische Frage künftig aufmerksamer zu beobachten und gegebenenfalls Maßnahmen einzuleiten. Nach diesem Gespräch wurde die Aktion beendet.

Auch in der französischen Hauptstadt Paris wurde eine Aktion durchgeführt. Kurdische Jugendliche der „Kurdischen Jugendinitiative für die Freiheit Öcalans“ besetzten den größten französischen Fernsehsender TF1. Rund 40 Jugendliche drangen in das Fernsehstudio. Sie wollten mit den Verantwortlichen sprechen und ihnen ein Informationsdossier überreichen. Die kurdischen Jugendlichen forderten den Fernsehsender dazu auf, mehr über die Lage des kurdischen Volkes und von Abdullah Öcalan zu berichten. Zudem wurde diese Aktion als Solidaritätsaktion für die Hungerstreikenden in Straßburg durchgeführt. Nach konkreten Diskussionen und Vereinbarungen mit den Verantwortlichen endete diese Protestaktion.

*Quelle: Die Kurden/ANF-Rojaciwan*

## **40. Tag des Hungerstreiks: 30 MusikerInnen besuchen die 15 Hungerstreikenden in Straßburg**

**Straßburg**, Frankreich – Seit 40 Tagen befinden sich 15 kurdische AktivistInnen in der französischen Stadt Straßburg im Hungerstreik. Sie fordern mit dieser Protestaktion Freiheit für Öcalan und einen Status für Kurdistan.

Heute bekamen die Hungerstreikenden Besuch von 30 SängerInnen und MusikerInnen. Unter ihnen waren unter anderem Kawa, Comert, Qadir, Xemdar, Sileman, Bengi, Îdrîs, Ali, Sipan, Ali Ihsan, Mustafa, Mazlum, Şemdin, Yunus, Welat, Seyidxan, Selamo, Medya, Keder, Pinar und Berivan. Die MusikerInnen und SängerInnen werden für fünf Tage in den Hungerstreik treten, um die Hungerstreikenden zu unterstützen. Bislang waren über 290 Personen in Straßburg und beteiligten sich an den fünftägigen Hungerstreiks.

Vom 10. bis zum 13. April werden die kurdischen Politiker Aysel Tugluk, Ahmet Türk, Ertugrul Kürkçü, Mülkiye Bîrtane und Nazmi Gür in Straßburg sein und die AktivistInnen unterstützen.

*Quelle: ANF, diekurden.de*

Für weitere Informationen:

<http://kurdishfreedom.wordpress.com/>

<http://kurdischerhungerstreik.wordpress.com/>

<http://www.freedom-for-ocalan.com/>

<http://www.firatnews.eu>

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/>

## Die Regierung weiß genau, was und wer die KCK`ler sind

Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der BDP, in einem Brief an Hasan Cemal, Journalist und Kolumnist der Zeitung Milliyet

**Guten Tag, Herr Hasan Cemal,**

zunächst möchte ich darstellen, dass die seit dem 14. April 2009 andauernden KCK-Operationen schwer zu verstehen sind, wenn nicht die politische Entwicklung in dieser Phase verstanden wird. Aufgrund dessen möchte ich zusammenfassend an die wichtigsten politischen Entwicklungen der letzten Jahre erinnern:

Öcalan hatte, bevor er verhaftet wurde, eine Lösung jenseits des „kurdischen Nationalstaats“ gesucht. Erst in der Zeit nach seiner Inhaftierung im Gefängnis von Imralı hat er sich in seiner Auseinandersetzung um die Organisierung einer demokratischen Gesellschaft auf konföderale und autonome Gesellschafts- und Staatsmodelle konzentriert.

Zwischen 1999 und 2004 hielt die PKK einen unbefristeten Waffenstillstand ein und zog ihre bewaffneten Kräfte hinter die türkischen Grenzen zurück. (Die PKK löste sich sogar selbst auf und gab öffentlich die Beendigung ihres bewaffneten Widerstands bekannt. In dieser Phase wurde anstelle der PKK der KADEK [*Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans*] und anschließend der KONGRA-GEL [*Volkskongress Kurdistan*] als neue, unbewaffnete Organisation gegründet.) Während dieser Zeit wurden auf Imralı und in Kandil im Namen des Staates Verhandlungen geführt. Da aber die AKP zu der Zeit noch nicht die gesamte Regierung dominierte, hat sich im Nachhinein herausgestellt, dass die Verhandlungen nicht unter ihrer eigenen Kontrolle standen. Sie führten zu keinen Ergebnissen und die PKK verkündete mit der Perspektive einer „erneuerten“ PKK ihre Neugründung.



Im Februar 2005 informierte die PKK darüber, dass der Staat mit den Verhandlungen lediglich ihre Ablenkung und Vernichtung verfolgt habe, und nahm den bewaffneten Widerstand wieder auf. In ihren strategischen Zielen hatte es keine Änderungen gegeben. Unter Beibehaltung ihrer vorherigen Entscheidung strebte sie statt eines Nationalstaats eine „organisierte konföderale Gesellschaft und Autonomie“ an. Genau an diesem Punkt, also in den Jahren 2005 bis 2006, wurde auf Empfehlung Öcalans unter großen Anstrengungen unter den KurdInnen mit der Umsetzung des organisierten Gesellschaftsmodells sowie der Organisierung auf ziviler Ebene begonnen. Überall, wo die Basis stark genug war,

wurden im Namen des freien Bürgers und der freien Bürgerin Stadtteil-, Bezirks- und Stadträte gegründet. Hauptziel dieser Art von Organisierung war es, gegen die Übermacht des Staates (von der Stadtverwaltung bis zur gesamten Verwaltungsmacht) eine selbstbewusste, organisierte Gesellschaft entstehen zu lassen. Nach Öcalan stellt dies nach dem Ende des bewaffneten Kampfes die beste Garantie dar, um sich in Notwehr verteidigen und gegen jede Form von Angriff wehren zu können. In diesen Jahren löste sich die DEHAP [*Demokratische Volkspartei*] auf und die DTP [*Partei der Demokratischen Gesellschaft*] wurde gegründet. Die Freien Bürgerräte hatten an vielen Orten einen legalen Vereinsstatus bekommen und setzten ihre Aktivitäten im Rahmen der Gesetze fort. Anders als bei der DEHAP enthielt die Satzung der DTP keine Organisationsmechanismen wie die Stadtteilkommissionen. Die Bevölkerung hatte sich bereits in Form der Freien Bürgerräte von Stadtteil zu Stadtteil organisiert. Das Ziel der DTP bestand nicht darin, die Bevölkerung unter einem Dach zu organisieren, sondern dafür zu sorgen, dass sie sich überhaupt in irgendeiner Form organisiert. Aufgrund dessen organisierte die DTP nicht in Form von Stadtteilkommissionen. (Die mit den Freien Bürgerräten beginnende Organisierung der Bevölkerung bildet die erste Stufe der Struktur, die heute vom Staat als KCK [*Koma Civakên Kurdistan, Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan*] bezeichnet wird.) Der Idee der PKK entsprechend wird eine Koordination, eine Dachorganisation, aufgebaut, in der alle kurdischen Organisationen (sowohl die in den vier Teilen Kurdistans als auch die in Europa) vertreten sein sollen, allerdings sollen alle Organisationen ihre Autonomie behalten. Die KCK ist als ein System gegründet worden, in dem zwar Organisationen vertreten sind, aber unorganisierte Gruppen und Individuen ebenso teilnehmen sollen. Allerdings ist das System noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Derzeit funktioniert es lediglich als eine obere Koordination für die Organisationen der PKK. Soweit ich es einschätzen kann, sind innerhalb der KCK die PKK, HPG, YJA-

STAR und ähnliche Organisationen vertreten. Öcalan erwähnt in manchen seiner AnwaltInnengespräche, dass die KCK ein System sei, das auf alle Bereiche (zivil, politisch, kulturell, wirtschaftlich usw.) Anwendung finden könne. Was damit ausgedrückt werden soll, ist die Organisierung der gesamten Gesellschaftsbereiche von der Basis her, autonom und föderal sowie miteinander im Austausch stehend, der konföderalen Organisierung entsprechend. Also ist das im Kern ein Appell an eine organisierte Gesellschaft. Somit ist das KCK-System keine Organisation, sondern ein Organisationsmodell oder -system. Zu Beginn, also zwischen 2005 und 2009, beobachtete der Staat die Organisierung auf dieser Ebene und fand dieses Organisationsmodell nicht bedenklich und intervenierte daher auch nicht. Mehr noch wurden solche Bestrebungen aufgrund der EU-Verhandlungen gefördert.

Inzwischen wurden in den Jahren 2008 bis 2009 anstelle der „Freien Bürgerräte“ die Stadt- und Stadtteilräte neu gegründet. In ihnen sind unter anderem Mitglieder der BDP (vorher DTP) vertreten, zivile Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen, JournalistInnen, AnwaltInnen, IngenieurInnen, BürgermeisterInnen. Den Aufbau solcher Räte haben DTP und BDP unterstützt. Dem Geist dieser Räte entspricht es nicht, irgendeiner politischen Partei anzugehören, vielmehr sollen sie autonom und unabhängig gegründet werden. Jeder Stadtteil wählt seine Delegation für den Stadtrat und die Stadträte wählen ihre Abgesandten für den DTK [*Kongress für eine Demokratische Gesellschaft*]. Der setzt sich nicht nur aus den Stadträten zusammen, in ihm sind VertreterInnen der BDP und anderer Parteien, Organisationen, Ethnien oder Glaubensrichtungen zu finden. Die AKP-Regierung begann im Jahr 2008 auf Imralı und in Oslo mit der PKK eine qualifizierte Gesprächsphase. Die erste Wirkung dieser Gespräche waren die befristeten Waffenstillstände der PKK. Schließlich wurde von der PKK der Waffenstillstand bis nach den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 verlängert, um eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herzustellen. Nach den Wahlen gab die PKK am 13. April 2009 eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes bekannt; anschließend begannen am 14. April 2009, also einen Tag nach der Erklärung, die ersten KCK-Verhaftungen. Die Räte in den Stadtvierteln und Gemeinden haben bei den Kommunalwahlen von 2009 die DTP unterstützt, indem sie von Haus zu Haus gingen, um für die DTP zu werben, sodass diese einen großen Wahlerfolg erzielen konnte. Hierbei konnten wir, und auch die AKP, das erste Mal die Funktionsfähigkeit und Stärke dieses Organisationsmodells erkennen, was beim Staat und vor allem bei Ministerpräsident Erdoğan ein enormes Unbehagen verursachte. Denn als die Menschen in den kurdischen Städten Diyarbakır, Tunceli, Hakkari und Van auf den Aufruf der Räte hin die Wahlkampfveranstaltungen der AKP geschlossen mieden, hat sich Erdoğan bei seinen Auftritten wohl gedemütigt gefühlt. Denn kurz nach den Kommunalwahlen wurden am 14. April 2009 zahlreiche SprecherInnen der Räte und MitarbeiterInnen des DTP-Vorstands unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der KCK verhaftet. Aufgabe der MitarbeiterInnen des DTP-Vorstands war es, die Koordination zwischen der DTP und den Räten zu gewährleisten. Im Anschluss an diese erste Verhaftungswelle folgten noch größere in den Monaten November und Dezember, wobei viele BürgermeisterInnen und auch der damalige Vorsitzende des DTK, Hatip Dicle, verhaftet wurden. Das sogenannte Hauptverfahren im KCK-Prozess in Diyarbakır ist dasjenige, in dem den Festgenommenen die Verteidigung in ihrer Muttersprache Kurdisch verwehrt wird.



Dieses Verfahren hat aus zweierlei Gründen den Namen KCK-Verfahren bekommen: Zum einen sollen damit die Beschuldigten und ihre Organisationen kriminalisiert werden und zum anderen, weil deren Organisationsform dem Modell des KCK-Systems ähnelt. Wir können deutlich unterstreichen, dass die Betroffenen keine Mitglieder der KCK sind, da es, wie ich bereits erörtert habe, keine Organisation namens KCK gibt. Es gibt lediglich ein Organisationsmodell namens KCK. Die Regierung ist von diesem Modell stark beunruhigt worden, da sich der Organisationsgrad der Bevölkerung bis in die Straßenviertel widerspiegelt. So kam es dann auch, dass die AKP-Regierung eine bis dahin unbehelligt agierende und vollkommen legale Struktur, die bis dahin keine Gefahr für ihre Machtposition darzustellen schien, ab 2007, vor Beginn der Kommunalwahlen, beobachten und abhören ließ. Die Ergebnisse der Observation wurden dann anschließend der von ihr mittlerweile zu einem erheblichen Teil übernommenen Staatsanwaltschaft übermittelt. Bemerkenswert ist hierbei, dass die AKP-Regierung und damit der Staat die seit 2007 beobachtete Struktur nicht als Gefahr empfunden hatte und trotzdem die Erkenntnisse nach den erheblichen Niederlagen bei den Kommunal- oder Parlamentswahlen zum Anlass für große Verhaftungswellen nahm.

Dies wiederum ist Beleg dafür, dass dieses Organisationsmodell das Potenzial besitzt, die vorherrschende Machtstruktur ins Wanken zu bringen. Daher bestehen die AKP und ihre VertreterInnen darauf, diese Rätestruktur als eine parallele Staatsstruktur zu bezeichnen. Seit Beginn der Verhaftungswellen sind insgesamt 6 300 Personen unter dem Vorwand der Mitgliedschaft in der KCK inhaftiert worden. Ein Großteil der Verhaftungen gilt entweder BDP-Vorständen oder den SympathisantInnen, die mit der BDP in Verbindung gebracht werden können. Dazu zählen vor allem Mitglieder und AktivistInnen in den Räten der Stadtteile und Gemeinden, die zugleich auch Parteimitglieder der BDP sind. BürgermeisterInnen, Provinz- und Kreisvorstände, MitarbeiterInnen der BDP-Parteivorstände und Ähnliche sind von der Natur ihrer Funktion her Delegierte der Räte.

Dieses Modell ist das Ergebnis des Prozesses, in dessen Zuge sich die KurdInnen vom Lösungsmodell des unabhängigen Nationalstaats verabschiedet haben. Eine gesellschaftliche Organisation stellt auch aus unserer Sicht die Garantie für eine demokratische Zukunft dar. Daher können wir ganz klar sagen, dass dies auch ein Beleg dafür ist, dass die KurdInnen bereit sind, zusammen im und mit dem Staat (hier dem türkischen) zu leben. Dies ist der demokratische Aspekt des sogenannten Lösungsmodells der „Demokratischen Autonomie“.

Der Aspekt der „Autonomie“ wird durch eine neue Verfassung, in der dieses Modell berücksichtigt wird und somit Rechtssicherheit garantiert wäre, umgesetzt. Als Ergebnis können wir festhalten, dass die auf Initiative der Regierung hin begonnenen KCK-Operationen zum Ziel haben, die organisierten Strukturen des kurdischen Volkes zu eliminieren. Es ist durchaus denkbar, dass sich Individuen, die Mitglieder in diesen Strukturen sind, durch ein Fehlverhalten strafbar gemacht haben und dass dies untersucht wird. Es ist jedoch äußerst fragwürdig, wenn begonnen wird, die gesamte Struktur als eine Terrororganisation darzustellen, und fast alle verhaftet werden, die irgendwie mit ihr in Verbindung gebracht werden können. Dieses Verhalten ist von der Bemühung geprägt, diese Strukturen offensichtlich zu Unrecht zu kriminalisieren. Da eben die Inhaftierten im legal-demokratischen Bereich aktiv waren, sind sie durch die Regierung zum Ziel erklärt worden. Es gibt nichts Heimliches oder Illegales an ihrer Arbeit, sodass wir uns natürlich genauer fragen müssen, wieso sie zum Ziel der Repression geworden sind. Alle diese Operationen haben nur eines zum Ziel, nämlich die kurdische Bewegung für das von der AKP vorgesehene beschränkte Lösungsmodell gefügig zu machen. Bei Implementierung des eigenen Lösungsmodells soll es auch keinerlei organisierte Struktur oder Opposition geben, die Widerstand leisten könnte. Auffällig ist jedoch ganz besonders eines: Als die AKP mit der PKK und Öcalan in Verhandlungen eingetreten war, nahm sie weiterhin AktivistInnen der zivilgesellschaftlichen Ebene fest und in Haft. Kurz: Weiß denn die Regierung nicht, was und wer die KCKler sind? Die Antwort darauf lautet: Doch, sie weiß genau Bescheid, was und wer die KCKler sind. Sie nimmt Verhaftungen im Rahmen eines großen Projekts vor mit dem Ziel, die kurdische zivilgesellschaftliche Ebene zu liquidieren (AktivistInnen und SympathisantInnen der Räte, BDPler, etc.).

Ich möchte hierbei die aktuellen politischen Ereignisse nicht länger ausführen, wenn Sie diesbezüglich Gesprächsbedarf haben, so bin ich gern bereit, Ihnen auch telefonisch Auskunft zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Selahattin Demirtas

## Das Massaker von Roboski

Kurz vor Neujahr, am 28. Dezember 2011, wurde in der Nähe des kurdischen Dorfes Roboskî (Ortasu) in der Provinz Şırnex (Şırnak) im Südosten der Türkei eine Gruppe von Grenzhändlern von Kampfflugzeugen gezielt bombardiert. Bei dem Luftangriff der türkischen Armee wurden 34 Zivilisten getötet. Unter den Opfern befinden sich drei Kinder und 17 Jugendliche.

Die kurdischen Bewohnerinnen und Bewohner des an der Grenze zum Nordirak gelegenen Gebietes leben schon seit Jahrzehnten vom Grenzhandel. Sie verdienen ihren Lebensunterhalt mit dem Ankauf von Lebensmitteln, Tabak und Benzin aus der jetzigen kurdischen Autonomieregion und deren Weiterverkauf in der Türkei. Die Gendarmerie und Behörden der Region duldeten diesen Grenzhandel seit Jahren.

An dem besagten Dezemberabend war eine Gruppe von jungen Männern mit Mauleseln auf dem Weg zurück aus der kurdischen Autonomieregion, die zu irakischem Territorium gehört. Sie hatten die Grenze zur Türkei bereits passiert, als es zwischen 21.30 und 22.30 Uhr zu einem einstündigen Bombardement aus der Luft kam.

Den Berichten der drei Überlebenden zufolge, die in einem Felsspalt Zuflucht gefunden hatten, versuchten sie gleich zu Beginn des Bombenhagels ihre Angehörigen per Mobiltelefon zu erreichen, um diese um Hilfe zu bitten. Die in Alarm gesetzten Angehörigen wiederum benachrichtigten umgehend die nur sechs Kilometer entfernte Gendarmerie, in der Hoffnung, dass die Gendarmerie oder andere Regierungsstellen eingreifen und das Bombardement eingestellt würde. Leider jedoch ohne Wirkung.



Im Nachhinein beklagten die Angehörigen, dass die Zahl der Todesopfer im Laufe des Winterabends stieg, da einige Verwundeten ihren Verletzungen erlagen, weil sie verbluteten oder erfroren. Denn dem Rettungswagen aus Şırnex (Şırnak) war der Zugang zum Tatort durch die Gendarmerie verwehrt worden. Im Bericht der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wird die Anzahl derjenigen, die infolge ausbleibender Hilfe verstarben, auf 13 beziffert.

Die Dorfbewohnerinnen und -bewohner kamen schließlich gegen 23.00 Uhr den drei Überlebenden selbst zu Hilfe. Sie transportierten die Getöteten und wenigen Überlebenden bis spät in die Nacht in das nahegelegene Dorf, ohne dass die Gendarmerie sich zeigte. Der Menschenrechtsverein IHD dokumentierte den Vorfall schon am nächsten Tag mithilfe einer Untersuchungsdelegation in allen Einzelheiten.

Allein die rekonstruierte Abfolge der Ereignisse sorgte für großen Aufruhr: Die Grenzposten hatten die Gruppe von Jugendlichen beim Hinweg über die Staatsgrenze in den Nordirak ohne Einwände passieren lassen. Auf dem Rückweg wurde die erste Gruppe vom Grenzposten jedoch aufgehalten, so dass die zweite Gruppe aufschloss. So wurden beide Gruppen in das gleiche Gelände getrieben, wodurch sich die Todeszahl bei der anschließenden Bombardierung erhöhte. Auch dass der Luftangriff über eine ganze Stunde hinweg anhielt und die alarmierte Gendarmerie nicht eingriff, wird von den Angehörigen und Delegationen angeprangert.

Für Unmut sorgte zudem, dass die staatsnahen türkischen Medien 12 Stunden nach dem Massaker davon berichteten, und dieses als einen „militärischen Fehlschlag“ bezeichneten, da eigentlich PKK-GuerillakämpferInnen das Ziel gewesen seien. Demgegenüber gaben mehrere DorfbewohnerInnen, darunter der Dorfvorsteher, zu Protokoll, dass das Gebiet schon seit Jahren von militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der PKK-Guerilla verschont geblieben sei und das Gebiet zudem für die Guerilla aufgrund seiner ebenen Beschaffenheit als Rückzugsgebiet ungeeignet sei. Dies bestätigten auch Berichte der BDP, denen zufolge an diesem Ort seit 1999 keinerlei bewaffnete Kämpfe verzeichnet wurden.

In der Erklärung des türkischen Generalstabs vom 29.12.2012 und des Ministerpräsidenten Erdoğan vom 30.12.2012 wird das ca. vierstündige Aufzeichnungsmaterial vom Tatabend - aufgenommen mittels unbemannter Flugkörper (Drohnen) - als Rechtfertigung des Militärschlages angeführt. Daher fordern Menschenrechtsvereine die Offenlegung der Aufzeichnungen, die die Gruppe als bewaffnete GuerillakämpferInnen ausgemacht habe.



IHD und der BDP klagen den Generalstab außerdem an, ungeachtet jedes möglichen Falles, gegen die Grundsätze gültigen Kriegsrechts verstoßen zu haben, das selbst vor einem Angriff gegen nachweislich bewaffnete GegnerInnen eine Warnung und Aufforderung zur Aufgabe vorsieht.

Mittlerweile fordern neben den Menschenrechtsvereinen auch die Familienangehörigen vehement Rechenschaft von den Behörden ein. Die Menschenrechtsvereine IHD und Mazlum-Der dokumentierten an den zwei Folgetagen u. a. den noch immer ungesicherten Tatort, die unwürdige Verwahrung der Leichname im nahegelegenen Bezirk Qilaban (Uludere), die unzureichenden gerichtsmedizinischen Untersuchungen und das Ausbleiben von Anhörungs- und Befragungsverfahren seitens der türkischen Behörden. Die Gleichgültigkeit der Generalstaatsanwaltschaft und des Gouvernements von Şirnex (Şırnak), die auf Anfrage der Menschenrechtsvereine selbst Tage später keine Reaktion zeigten bzw. Gespräche ablehnten, sei unzumutbar. Ähnlich unbeantwortet blieben die Anfragen des Abgeordneten und stellvertretenden Sprechers der BDP aus der Provinz Şirnex (Şırnak), Hasip Kaplan, beim Ministerpräsidenten sowie an die Innen- und Justizminister.



Unterdessen hat die BDP am 25.01.2012 die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag beantragt. Der Antrag bezieht sich auf die Tatbestände „Völkermord“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Kriegsverbrechen“. Die Türkei habe in diesem Fall, wie auch mehrfach in der Vergangenheit, gegen die Genfer Konvention des Völkerrechts verstoßen, die den Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten oder Kriegen regelt. Das Mandat für den Einsatz der türkischen Luftwaffe sei nicht vom Parlament legitimiert gewesen. Maßnahmen zur Beweissicherung,

Untersuchung und juristischen Aufklärung seien bis dato nicht oder nachlässig eingeleitet worden.

Der Luftangriff, bei dem 34 Zivilisten ermordet wurden, wird von den Angehörigen der Opfer und Menschenrechtsvereinen als Massaker bewertet. Zugleich wurde dieser Angriff zum Schüren einer nationalistisch-rassistischen Atmosphäre und pogromartigen Angriffen gegen KurdInnen benutzt, die an die Phase der Eskalation des Krieges in den 1990er Jahren erinnerten.

Gemäß der Dokumentation des Menschenrechtsvereins IHD lauten die Namen und Geburtsdaten der 34 zivilen Opfer folgendermaßen:

- |                    |                           |
|--------------------|---------------------------|
| 1. Özcan UYSAL     | 30/12/1993 Şırnak/Uludere |
| 2. Seyithan ENÇ    | 30/12/1993 Şırnak/Uludere |
| 3. Cemal ENCU      | 1994 Şırnak/Uludere       |
| 4. Vedat ENCU      | 1994 Şırnak/Uludere       |
| 5. Selim ENCU      | 1973 Şırnak/Uludere       |
| 6. Selahattin ENCU | 1995 Şırnak/Uludere       |
| 7. Nadir ALMA      | 1986 Şırnak/Uludere       |
| 8. Celal ENCU      | 1986 Şırnak/Uludere       |
| 9. Bilal ENCU      |                           |

10. Şirvan ENCU	1992 Şırnak/Uludere
11. Nevzat ENCU	1992 Şırnak/Uludere
12. Salih ENCU	1993 Şırnak/Uludere
13. Osman KAPLAN	1980
14. Mahsun ENCU	1994 Şırnak/Uludere
15. Muhammet ENCU	1998 Şırnak/Uludere
16. Hüsnü ENCU	1981 Şırnak/Uludere
17. Savaş ENCU	1997 Şırnak/Uludere
18. Erkan ENCU	1998 Şırnak/Uludere
19. Cihan ENCU	1992 Şırnak/Uludere
20. Fadıl ENCU	1991 Şırnak/Uludere
21. Şerafettin ENCU	1994 Şırnak/Uludere
22. Hamza ENCU	1990 Şırnak/Uludere
23. Aslan ENCU	1994 Şırnak/Uludere
24. M.Ali TOSUN	1987 Şırnak/Uludere
25. Ausweisangaben stimmen mit denen der Nummer 21. überein	
26. Orhan ENCU	1992 Şırnak/Uludere
27. Salih ÜREK	1995 Şırnak/Uludere
28. Yüksel ÜREK	1995 Şırnak/Uludere
29. Adem ANT	1992 Şırnak/Uludere
30. Hüseyin ENCU	1991 Şırnak/Uludere
31. Bedran ENCU	1996 Şırnak/Uludere
32. Serhat ENCU	1995 Şırnak/Uludere
33. Şivan ENCU	
34. Abdulselam ENCU	Şırnak/Uludere
35. Arm und Bein ohne bestimmbare Zugehörigkeit	

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/nuce/NUCE548-1230.pdf> [27.01.2012]

[http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2487:oba20111229&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80](http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=2487:oba20111229&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80) [27.01.2012]

[http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com\\_content&view=article&id=2491:roboski-katliami-raporu-03-ocak-2012&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80](http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=2491:roboski-katliami-raporu-03-ocak-2012&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80) [27.01.2012]

<http://www.bdp.org.tr/tr/roboski-katliaminiuluslararası-ceza-mahkemesine-ucm-tasidik> [07.02.2012]

#### **Forderungen der Verfasserinnen und Verfasser des Dossiers:**

- Die Bombardierung der Zivilisten bei Roboski vom 28.12.2011 durch die türkische Luftwaffe stellt einen Akt extralegalen Hinrichtungen dar und ist aufgrund der Anzahl der Todesopfer als „Massenmord“ zu betrachten.
- Der Vorfall schließt an die seit Jahren durchgeführten extralegalen Hinrichtungen und Massaker an, die unter dem Vorwand des sogenannten ‚Kampfes gegen den Terrorismus‘ weder offiziell aufgeklärt noch strafrechtlich verfolgt wurden.
- Solche Vorfälle basieren auf Lösungsansätzen der kurdischen Frage durch Gewalt. Deshalb gilt es seitens der internationalen Staatengemeinschaften, wie der Vereinten Nationen, des Europarats und der Europäischen Union, sich für einen Wandel der Politik des türkischen Staates und seiner Regierung zu einer demokratischen und friedlichen Lösung einzusetzen.
- Aus diesem Grund ist es notwendig, dass sich die nationalen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Untersuchungen beteiligen und erhöhte Aufmerksamkeit zeigen.
- Die Menschenrechtskommissionen der Vereinten Nationen, des Europarats und Europäischen Union sind dahingehend aufgerufen, Delegationen zur Aufklärung des Vorfalls in die Region zu entsenden.